

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 11.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 16. März 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Allen, Arefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Der Gewerkschaftsarbeitsnachweis in der Textilindustrie.

Als vor Jahren in unserem Verbands die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zur Debatte stand, wurde aus den Kreisen unserer Mitglieder die Meinung vertreten, daß der Einführung einer solchen Unterstützungsart notwendiger Weise der Arbeitsnachweis zu folgen habe. Der Arbeitsnachweis sei eine notwendige Fortsetzung der Arbeitslosenunterstützung, weil beide Einrichtungen Mittel zur Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte seien. Und schließlich sei eine Verbindung des Nachweises mit der Arbeitslosenunterstützung schon deshalb zu wünschen, damit nicht unnötiger Weise Unterstützungsgelder verausgabt würden. Von einem Mitgliede wurde sogar ein gut durchgearbeiteter Plan, der ein engmaschiges Netz von Nachweisen für das ganze Verbandsgebiet vorsah, der Verbandsleitung zur Durchberatung zugesandt.

Wir haben uns damals den Redeführungen dieser Kollegen nicht unbedingt angeschlossen. Nicht, als ob wir die Bedeutung dieser Frage für unsere christliche Textilarbeiterbewegung unterschätzt oder als ob wir den Zusammenhang zwischen Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis verkannt hätten, es kamen mehr Gründe grundsätzlicher und namentlich auch praktischer Natur in Frage, die bei uns eine rechte Begeisterung für den Plan nicht aufkommen ließen. Zunächst ist bereits auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Mainz 1900 der Grundsatz ausgesprochen worden, daß die Sache der Arbeitsvermittlung Aufgabe einer paritätischen Körperschaft sein solle. Und im Jahre darauf schrieben die „Mitteilungen“ — nunmehr „Zentralblatt“ — nach allen bisherigen Erfahrungen scheine es rätlicher, „sich nicht eigensinnig auf den Gewerkschaftsnachweis zu versteifen, sondern von vornherein paritätische Arbeitsnachweise zu gründen“. In Resolutionen und Forderungen an die Regierung kam dieser Standpunkt der christlichen Gewerkschaften auch fernerhin immer klarer und entschiedener zum Ausdruck. Und dieser Standpunkt der Gesamtbewegung gilt auch für den christlichen Textilarbeiterverband. So wie heute noch die gewerkschaftlichen Verhältnisse verteilt liegen, würde die Forderung auf einseitige Erledigung der Arbeitsvermittlung namentlich für die christliche Gewerkschaftsbewegung eine ernsthafte Gefahr in sich bergen. In vielen Bezirken unseres Vaterlandes könnten die Nachweise zu wuchtigen Waffen in den Händen der Genossen gegen die christlich organisierten Arbeiter werden. Auch heute noch stehen die christlichen Gewerkschaften, und mit ihnen der christliche Textilarbeiterverband, auf dem Standpunkte, in Uebereinstimmung mit namhaften Sozialpolitikern, daß der Arbeitsnachweis eine organische Vereinigung aller an der Arbeitsvermittlung beteiligten Interessenten sein soll. Dem gemeinnützigsten, unter kommunaler Regie stehenden Arbeitsnachweis, ist die weitgehendste Förderung angeheben zu lassen; er ist in sorgfamer Pflege auszubauen.

Damit soll nur nicht gesagt sein, daß nun jede gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung unterbleiben soll. Das wäre namentlich verfehlt für unseren Textilarbeiterberuf, weil doch die gemeinnützigsten Arbeitsnachweise gerade für ihn noch sehr wenig leisten. Der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis kann als Nothelfer solange in Frage kommen, bis die paritätische Regelung in befriedigender Weise durchgeführt ist. Nun liegen aber doch die Verhältnisse in der Textilindustrie so, daß hier zur Durchführung eines gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises bald unüberwindbare Schwierigkeiten vorhanden sind, die

zur Folge haben, daß in absehbarer Zeit die Arbeitsvermittlung der Textilarbeitergewerkschaften noch primitive Einrichtungen sein werden. Es fehlen zunächst die notwendigsten Vorbedingungen für eine großzügige und gutfunktionierende gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung in der Textilindustrie. Es fehlt den Verbänden an der Ueberblicklichkeit selbst des lokalen Arbeitsmarktes, es fehlt an der Geschlossenheit der Arbeiter, die alle Betriebe in genügender Weise erfährt, es fehlt an dem Interesse der Leute selber und namentlich an den notwendigen Kräften, die die nicht geringe Arbeit, die mit der Vermittlung verbunden ist, übernehmen. Das lehren die Erfahrungen, die die Textilarbeiterverbände mit der Arbeitsvermittlung bisher gemacht haben.

Soeben hat Dr. Otto Michalle ein Buch herausgegeben, das in sehr instruktiver und übersichtlicher Weise „die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften im Deutschen Reiche“ behandelt. Darin ist auch ein dankbares Material über Arbeitsnachweise der Textilarbeitergewerkschaften zusammengetragen, das sich stützt auf die Angaben der betr. Verbände selber. Unsere Organisation hat eine eigentliche Arbeitsvermittlung nicht, wenigstens keinen organisierten Arbeitsnachweis. Die Unterbringung arbeitsloser Mitglieder wird dennoch in kleinem Maße besorgt von unseren Ortsgruppenvorständen oder Lokalsekretariaten, soweit ihnen offene Stellen bekannt werden. In mehreren Plätzen melden die Kollegen die ihnen bekannten Vakanz bei der maßgebenden Stelle. Eine Statistik über die Zahl der so vermittelten Stellen wird wohl in keiner Ortsgruppe geführt. Es wäre jedoch eine dankbare Arbeit, es zu tun.

Die Zentralstelle des Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsvereins der Textilarbeiter hat dem Verfasser des genannten Buches angegeben, daß sie seit 1869 an der Zentrale in Spremberg einen Arbeitsnachweis besitze. Daß es ein sehr kümmerlicher Arbeitsnachweis ist, schließen wir daraus, daß von diesem Nachweise noch nie etwas in die Öffentlichkeit gedrungen ist und irgend welche Angaben über seine Funktion und die Zahl der vermittelten Stellen auch dem Verfasser des Buches nicht gemacht worden sind.

Mit einem großzügigen Plane der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung beschäftigte sich die Generalversammlung des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter im Jahre 1908. Es sollte ein Bau von großartiger Konstruktion aufgeführt werden, jedoch erwies er sich in der Wirklichkeit als ein kümmerliches Kartenhaus.

Der großzügig gedachte Arbeitsnachweis trat am 1. Okt. 1908 ins Leben, wenn hier der Ausdruck ins Leben treten angebracht ist, denn wirklich „gelebt“ hat der Nachweis bis heute noch kaum. Seine Grundlage hat der Nachweis des „deutschen“ Verbandes in den Vertrauensmännern, die in allen Betrieben und größeren Betriebsabteilungen angestellt werden. Diese Vertrauensmänner haben dem örtlichen Nachweisverwalter jede Vakanz in dem Betriebe mündlich oder schriftlich — in letzterem Falle auf vorgegedruckten Karten ohne Namensunterschrift — zu berichten. Sowohl die Vakanzmeldung als auch die Befehung einer Stelle wird in je ein für diesen Zweck angelegtes Buch eingetragen. Zur Regelung des interlokalen Verkehrs sind in besonderen Formularen allwöchentlich Berichte an die Gauverwaltung zu leisten. Die Formulare sind nach den größeren Berufsarten gegliedert und innerhalb dieser Gliederung wieder in besondere Unterabteilungen getrennt. So sind 7 Branchenformulare vorhanden, die je bis zu 41 Unterabteilungen haben. Die Berichterstattung bezieht sich nach Michalle für jede Abteilung auf die Zahl der Arbeitslosen, der offenen und besetzten Stellen, ferner auf die Dauer der Arbeitslosigkeit, die Anzahl der Arbeitslosen, die auswärts Arbeit annehmen möchten, und auf den durchschnittlichen Wochenlohn bei den offenen Stellen. Diese Berichte haben wöchentlich an den Gauleiter zu erfolgen; außerdem ist diesem vierteljährlich ein Gesamtbericht, der auf Grund der Büchereintragungen zusammengestellt worden ist, einzusenden.

Der Gauleiter vermittelt den interlokalen Verkehr. Er steht wiederum mit der Zentralstelle des Nachweises in Berlin in Verbindung. Neben diesem allgemeinen Nachweis sind noch besondere Branchennachweise eingeführt, die ihren Zentralsitz an dem Hauptorte der betr. Branche haben.

Und der Erfolg dieses groß angelegten Unternehmens? Dr. Michalle nennt ihn „mehr als bescheiden“. Der Vorstand des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sei wohl der Ueberzeugung, daß es „wohl noch jahrelange Mühe und einen schönen Haufen Geld kosten werde, bis mal einigermaßen Befriedigendes erreicht“ worden sei.

Die Ursachen dieses totalen Mißerfolges sind an den fünf Fingern abzuzählen. Sie hätten auch von vornherein erkannt werden können von jenen Personen, die die Sache zur Durchführung übernommen hatten. Der ganze Apparat verströmt zunächst mal gegen die elementarste Forderung jeder gewerkschaftlichen Einrichtung: er ist viel zu kompliziert. Die einzelnen Verwalter haben bis zu 32 Bücher und Listen auszufüllen. Das ist ja eine geradezu tolle Zumutung. Es geht doch auch im „deutschen“ Verbands so, daß kein Ueberfluß an gewerkschaftlichen Mitarbeitern vorhanden ist, und in der Regel die ganze örtliche Verwaltungsarbeit auf einigen wenigen Leuten ruht. Nun ist die Erledigung der mit der Lokalverwaltung verbundenen Geschäfte für die örtlichen Kollegen schon ein ganzes Stück Arbeit, sodaß es eine zu starke Zumutung an die Kollegen ist, nun auch noch die ganz schwierige und verwickelte Nachweisarbeit mit zu übernehmen. Das wird auch dem freigestellten Lokalbeamten kaum möglich sein. Zweitens fehlte es an den notwendigen Leuten, die in den Betrieben und Betriebsabteilungen die Arbeit als Vertrauensmänner übernommen hätten. Und damit mußte die ganze Sache zu Wasser werden. Das allgemeine Urteil lautet dahin: der Arbeitsnachweis des „deutschen“ Verbandes hat in keiner Beziehung geklappt, sodaß sich der Verbandsvorstand mit dem Gedanken einer gründlichen Vereinfachung trägt.

Als der Arbeitsnachweis damals auf der Generalversammlung des „deutschen“ Verbandes besprochen wurde, redete Krätzig, der immer den Mund aufreißt bis an die Ohrlappen, sehr kräftige Töne. Er redete von einer „wuchtigen Waffe im gewerkschaftlichen Kampfe“, von einer „Beherrschung des Arbeitsmarktes durch den Verbandsarbeitsnachweis“. Und nun dieses Resultat! Der „deutsche“ Verbandsvorstand würde jetzt gerne seine Hand hergeben zu paritätischen Nachweisen, wenn die Arbeitgeber nur wollten. Nach einer Richtung hin hat die Sache allerdings Erfolg gehabt. Die Unternehmer haben sich die Begründungen Krätzigs zunutze gemacht und in ihren Kreisen nun auch kräftig den Gedanken des einseitigen Arbeitsnachweises propagiert. Erfreulicher Weise auch nicht mit großem Erfolge.

Für unsern Verband müssen die hier geschilderten Dinge eine gute Lehre sein. Sie bestärken uns erneut in dem Bewußtsein, daß gerade für die Verhältnisse in der Textilindustrie der paritätische Arbeitsnachweis die gegebene Form der Arbeitsvermittlung sein muß. Nun sollen wir aber die Frage der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung nicht einfach liegen lassen, im Gegenteil, es ist Zeit, daß wir uns mit ihr mehr beschäftigen.

Schick nicht ins Leben spähend deine Blicke,
Das Glück erwartend mit der Sehnsucht Pein,
Bau dir zum Glück mit eigner Hand die Brücke,
Beglücke du, so wirst du glücklich sein.

Victor Blüthgen.

Gegen die „Berlinerereien“.

Vor zwei Jahren wurde von einer hohen kirchlichen Stelle in Deutschland der Wunsch ausgesprochen, der Streit zwischen den christlichen Gewerkschaften und den Berliner Fachabteilungen möge sich doch in mäßigeren Formen bewegen, die gegenseitigen Angriffe möchten nach Möglichkeit unterbleiben. Obwohl die christlichen Gewerkschaften sich frei wußten von jeder Schuld, zu der unnötigen Verschärfung des Kampfes beider Richtungen beigetragen zu haben, sind sie diesem Wunsche von befreundeter Seite gerne nachgekommen. Sie haben die Berliner, soweit das nur eben möglich war, in Ruhe gelassen, so sehr es ihnen auch manchmal in den Fingern zu knisterte. Sie konnten das um so eher tun, als das Berliner System theoretisch von allen namhaften katholischen Moralthologen abgewiesen worden ist und praktisch die Bewegung innerhalb der Arbeiterschaft an jeglicher Werbekraft und Aktionsfähigkeit alles verloren hat. Was taten aber die Berliner? Sie führten ihr schmutziges Handwerk der gewerkschaftlichen Brunnenvergiftung unentwegt weiter aus und setzten im geheimen, mit Unterstützung ihrer politischen Gesinnungsgenossen und auf ganz schlüpferigen Wegen, einen internationalen Verbächtigungsfeldzug gegen die christlichen Gewerkschaften ins Werk.

In Deutschland hat dieses Treiben selbst in hohen Kreisen der katholischen Geistlichkeit einen kräftigen Unwillen ausgelöst. Wir erinnern an den letzten Finkenhirtenbrief des Kölner Erzbischofs, in dem ungewöhnlich scharfe Worte gegen die Quertreiber im katholischen Lager gebraucht werden. Wir erinnern ferner an die offenen und freimütigen Bekenntnisse der Bischöfe von Hildesheim und von Paderborn, die sich mit aller Klarheit für die christlichen Gewerkschaften aussprachen. Mit Rücksicht darauf ist es auch überflüssig, noch viele Worte zu verlieren über die von unsern Gegnern ausgehende Märsch. Die christlichen Gewerkschaften würden nach den Reichstagswahlen verboten werden. Hier sind der Wunsch und die Verbächtigungssucht der Vater des Gedankens, der nicht erfüllt werden wird. Aber angesichts der immer wieder von neuem geübten Versuche, Verwirrung anzurichten, war es gut und notwendig, daß Kollege Stegerwald wieder einmal in aller Öffentlichkeit zu der Sache Stellung nahm. In zwei stark besuchten, imposanten Versammlungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Köln und Düsseldorf behandelte er das Thema: „Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Kämpfe der Gegenwart.“

Nachdem Kollege Stegerwald im ersten Teile seines Vortrages die Ergebnisse der Reichstagswahlen in ihrer Beziehung zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung besprochen hatte, legte er ausführlich den grundsätzlichen Standpunkt der christlichen Gewerkschaften gegen die Berliner Treibereien dar. Einleitend wies er auf die Unterschiede zwischen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der in den romanischen Ländern hin, die es auch wohl mit sich brächten, daß in vielen Kreisen des Auslandes unsere Bewegung durchaus falsch beurteilt würde. In den romanischen Ländern hat man es vielfach entweder mit rein politischen oder religiös gerichteten oder gar mit anarchistischen Gruppen zu tun.

„Daß der Gewerkschaftsbewegung in ihrem ureigensten Interesse auch Aufgaben obliegen hinsichtlich der positiven Mithilfe bei Steigerung der Produktivität, der Mitarbeit an der Herbeiführung gesunder Verhältnisse im Gewerbe auf dem Wege der Vereinbarung von Gewerbegesetzen, die für das ganze Reich Gültigkeit haben (nationale Tarifverträge), das sind für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in den meisten romanischen Ländern heute noch entweder sehr unfaßbare Begriffe oder aber solche, die mit einer Handbewegung abgetan werden. Die klare Erfassung praktischer, positiv wirtschaftlicher Zwecksetzung scheidet eben dort noch fast völlig aus.“

Da liegt aber auch für die deutschen christlichen Gewerkschaften die Notwendigkeit der zentralen Organisationsform angedeutet. Die konfessionellen Arbeitervereine sind nach Diözesen organisiert und wie kartelliert. Eine solche Organisationsform ist für die christlichen Gewerkschaften unbrauchbar.

Deutschland stellt ein einheitliches Wirtschaftsgebiet dar, die deutsche Arbeiter- und Gewerbe-Gesetzgebung ist eine einheitliche, die Arbeitgeberverbände stehen meistens unter einheitlicher Leitung, die sozialistischen Gewerkschaften haben eine ihrer zentralisierten Organisationsform angenommen, sie zählen heute in 50 Bundesverbänden, die sich über das ganze Reich erstrecken, und 2 1/2 Millionen Mitglieder.

Nationale Tarifverträge, eine großzügige Gewerbepolitik, die Umformung des Arbeitsverhältnisses, der einheitlich und systematisch ineinandergreifende Ausbau des Einigungsweises sind nicht möglich mit Lokalorganisationen irgendwelcher Art.“

Neben der Förderung dieser zentralen Gewerkschaftsverbände hat die christliche Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer spezifisch religiösen und sittlichen Lebensinteressen stets die konfessionelle Arbeitervereinsbewegung mit aller Entschiedenheit unterstützt. Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine gehen in vielen Fragen Hand in Hand. Und wenn heute die christliche Arbeiterschaft Deutschlands noch über ein so lebendiges religiöses Bewußtsein

verfügt und auch im Wirtschaftsleben einen bedeutenden Einfluß besitzt, so hat sie das ihren starken Gewerkschaften, ferner den starken konfessionellen Vereinen und schließlich dem Zusammengehen beider Vereinigungen in der Hauptsache zu verdanken. In den romanischen Ländern ist es in beiden Beziehungen ganz anders, unendlich traurig, bestellt.

„Dabei ist die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands weiter gegangen als jede andere Interessentengruppe. Man nenne uns doch einmal die Arbeitgeberverbände, Detaillistenvereine, Metzgerorganisationen, Bauernvereine, die mit kirchlichen Organisationen — als solche sind die konfessionellen Arbeitervereine in der Hauptsache anzusehen — eine Abgrenzung ihres Aufgabengebietes vornehmen und in einer Anzahl von Fragen mit diesen Organisationen zusammenarbeiten. Den Arbeitern eine Organisationsform zuzumuten, die den Forderungen des nationalen Wirtschaftslebens nicht entspricht und die sie deshalb nicht befähigen würde, an dem berechtigten materiellen Aufstieg des Arbeiterstandes mitzuwirken, kann unmöglich in den Intentionen irgend einer Kirchen-Gemeinschaft liegen.“

Nachdem Stegerwald kurz den Gründungszweck und die wirtschaftlichen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften gekennzeichnet hat, betont er:

„Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften haben niemals verkannt, daß im Wirtschaftsleben, wie auch sonst im Leben, Fragen aufstehen können, die das religiös-sittliche Gebiet berühren. Warum hätten sich sonst die christlichen Gewerkschaftler von den sozialdemokratischen Gewerkschaften gesondert organisiert, wenn sie nicht dieser Ueberzeugung wären? Es ist stets und ständig betont worden, daß der spezifisch sozialdemokratische Klassenkampf, wie er von der Sozialdemokratie in das Gewerkschaftsleben hineingetragen wird, von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht bloß aus nationalen, sondern auch aus religiösen Gründen abgelehnt wurde. Darüber hinaus sind sich die christlichen Gewerkschaften stets bewußt geblieben, daß die Sozialdemokratie nicht bloß eine wirtschaftliche Organisation darstellt, sondern auch aus der materialistischen Weltanschauung heraus operiert und auch diese Weltanschauung offen vertritt. Mit Rücksicht darauf haben die christlichen Gewerkschaften stets dem zweiten Glied der christlichen Arbeiterbewegung, den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereinen, die größte Bedeutung zugemessen. Das haben sie insbesondere dadurch bewiesen, daß sie immer wieder ihre Mitglieder zum Eintritt in die konfessionellen Ständevereine aufforderten, in der selbstverständlichen Erwartung, daß auch die konfessionellen Vereine ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften ebenso eifrig zuführen.“

Dann zu den Hauptpunkten der gegnerischen Angriffe: Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Streit und die Forderung der christlichen Gewerkschaften auf Selbstständigkeit. „Was den Streit angeht, so findet man im christlichen Gewerkschaftslager keine große Begeisterung für dieses Kampfmittel. Trotzdem kann es für die Arbeiter der Privatindustrie unter keinen Umständen entbehrt werden. Auch die katholischen Gewerkschaften Hollands stehen, wie die christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ in der Streitfrage auf dem gleichen Standpunkt. Womit sollen denn zum Schluß sozialrückständige und eigenfünigige Arbeitgeber zum Nachgeben bestimmt werden, wenn die Arbeiter auf den Streit als gewerkschaftliches Kampfmittel verzichten? In der gegenwärtigen Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnung ist der Streit für viele Arbeitergruppen unentbehrlich. Auf eine Einschränkung des Streiks kann allerdings hingearbeitet werden. Dafür gibt es die verschiedensten Mittel: es kann ein Teil der Differenzpunkte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch die Gesetzgebung geregelt, das Tarifwesen gepflegt, das Einigungsweises viel wirksamer ausgebaut werden u. Aber alle Differenzpunkte werden sich mit den beschriebenen Hilfsmitteln nicht beseitigen lassen. Der Wirtschaftsorganismus ist ja im Zeitalter des Weltverkehrs und des Weltverkehrs viel zu kompliziert, als daß alle möglichen Differenzpunkte durch allgemeine Gesetzgebungsvorschriften oder behördliche Reglementierungen behoben werden könnten.“

Besüglich der Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften ist zunächst dieses zu sagen:

„Die christlichen Gewerkschaften nehmen unter keinen Umständen eine Ausnahmestellung ein; sie beanspruchen für sich nur das, was die Organisationen der übrigen Gewerkschafts- und Interessentengruppen (die Bunderte von Trupps und Syndikate, die mächtigen Arbeitgeberverbände, die Landesebene gewerkschaftlicher und bäuerlicher Genossenschaften, die Bauernvereine, die Innungen, die Detaillistenverbände, die Vereinigungen der Metzger, Juristen, Beamten u. c.) für sich als Selbstverständlichkeit betrachten und was diesen bisher noch von niemandem verweigert wurde. Weiter müßten uns aber auch unsere Kritiker einen gangbaren Weg zeigen, wie das richtige Verhältnis zwischen christlicher Gewerkschaftsbewegung und etwa einer offiziellen Vertretung der kirchlichen Hierarchie (Beirat) hergestellt werden könnte.“

Ans dem praktischen Leben weiß Stegerwald nach, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, einen kirchlichen Beirat innerhalb der Gewerkschaften darüber entscheiden zu lassen, ob und wann eine gewerkschaftliche Aktion der Arbeiter religiös und sittlich erlaubt ist oder nicht. Dafür liegen die Verhältnisse doch viel zu verwickelt. Dann führt er einige Begebenheiten an, wo Geistliche wegen ihrer Tätigkeit in wirtschaftlichen Differenzpunkten zwischen Unternehmern und Arbeitern in eine ganz üble Lage gekommen sind. Er beweist damit, daß es für den Geistlichen im Interesse

seiner Stellung und seiner Kirche besser ist, wenn er in solchen Streitfällen außerhalb der Sache steht.

Nachdem Stegerwald dann noch einige persönliche Sachen richtig gestellt bzw. verteidigt hat, schließt er: „Die christlichen Gewerkschaften werden, wie in den letzten Jahren, sich auch in nächster Zeit nicht mehr auf breite, grundsätzliche Erörterungen einlassen, sondern auf der feithertigen bewährten Grundlage weiter arbeiten. In der eingangs erwähnten Rede des Herrn Bischofs von Paderborn wurde u. a. ausgeführt:

„Dieser langjährige Streit ist niemand willkommener und nützlicher gewesen, als den sogenannten freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie. Ich verkenne dabei nicht, daß die infolge des Zwistes öfter gepflogenen prinzipiellen Erörterungen z. B. über die Beziehung der wirtschaftlichen Arbeit zur übernatürlichen Bestimmung des Menschen oder über die sittliche Erlaubtheit einzelner Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe auch ihr Gutes gehabt haben, indem sie zur Klärung wichtiger Fragen führten — jedenfalls ist es aber jetzt an der Zeit, des bedauerlichen Haders zu vergessen und leidenschaftslos auf eine Verständigung hinzuarbeiten. Soweit ich die gegenwärtige Situation übersehe, brauchen wir Gott Dank die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die ersehnte friedliche Verständigung auch wirklich kommen wird.“

Den christlichen Gewerkschaften ist eine Verständigung sehr erwünscht; sie können allerdings einer solchen nur zustimmen auf dem Boden der Grundsätze, die hier entwickelt wurden.“

Sozialdemokratische Jugendlektüre.

Wer in der sozialistischen Jugendbewegung ein harmloses Beginnen sehen sollte, der werfe einen Blick in die Lektüre, die die jungen Leute als geistige Kost vorgelegt bekommen. Wir greifen hier nur einige Proben aus dem offiziellen Organ der sozialdemokratischen Jugendbewegung, der „Arbeiter-Jugend“, heraus, das heute bereits in rund 70 000 Exemplaren an unsere deutsche Jugend verteilt wird. Die Proben sind ausschließlich dem Jahrgang 1911 des Blattes entnommen.

Zunächst mag das Augenmerk gerichtet werden auf die Bignetten zu den einzelnen kleineren Artikeln. So zeigt der Abschnitt „Vom Kriegsschauplatz“ eine große Hand mit einem riesigen Hammer, der auf den Fuß eines dickleibigen und rotnasigen Schuttmanns schlägt, daß das Blut spritzt. Ein paragraphenschwingender Richter, ein besoppter Schreiber und ein katholischer und ein evangelischer Priester eilen mit Kreuzen zu Hilfe. Im Sinne dieser aufhebenden, Kirche und staatliche Ordnung verhöhnenden Darstellung ist die Lektüre des Blattes gehalten.

Die reichlich geübte naturwissenschaftliche Aufklärung erfolgt natürlich ganz im Sinne der ungläubigen häckelichen Wissenschaft. Die zahlreichen Berichte von nächtlichen Wanderungen, die die männliche und weibliche Jugend zusammen unternahmen unter Vorantritt einer umjubelten roten Fahne, wobei revolutionäre Lieder gesungen und sozialdemokratische Reden gehalten wurden, seien nur nebenbei erwähnt. Größer ist schon die Tatsache, daß auch die bekannte hyperarbitale Rosa Luxemburg bei diesen Nachtwanderungen als Rednerin auftritt und die „jungen Menschenherzen durch ihre feurigen Worte zunden macht.“

Daß die „Arbeiter-Jugend“ für den Wert unserer deutschen Arbeiterversicherung kein anerkennendes Wort übrig hat, ist nicht verwunderlich. Die Reichsversicherungsordnung ist ihr nichts weiter als ein „elendes Nachwerk“, ein „Truggesetz gegen die Arbeiter“, das nur „angeblich“ für die Arbeiterschaft geschaffen wurde.

Das Feuer lodernnden Hasses sucht das Blatt gegen unser deutsches Reich, unsere heutige monarchische Staatsordnung in den jungen Herzen zu entfachen. So wird (Seite 315) ein Ausspruch des sozialistischen Dichters Karl Henckell zitiert, der lautet:

„Ich mußte das Reich, dessen Frühmorgenglanz mit seinen Wächtern und Hüttern meine Knabenseele für mich begrüßt hatte, hassen lernen.“

Henckells revolutionäre Lieder sind überhaupt der Lieblingsgefängnis der „Arbeiter-Jugend“. So singt sie (Seite 314) freudig sein Lied mit:

„Wär' ich kein Bürgerböhmchen und mach' Ich am Sezerlasten die Lieder, Die ganze verkaufte Gesellschaft tracht Ich in meinen Liedern nieder.“

Mit vielem Behagen wird auch die Strophe eines Gedichtes aus der „Sturm- und Drangperiode“ Schillers zitiert, worin von einer „Schande“ die Rede ist, die mit des „Majestätsrechts Nachtgewande“ verborgen wurde. Aber „durch den Purpur bohrt der Pfeil die Fürstenherzen kalt.“

Den Kampf zu führen gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung, gegen „alte, überlieferte Anschauungen“, erscheint der „Arbeiter-Jugend“ die denkbar höchste Pflicht der Jugendbewegung. So wird (Seite 33) zum Tode Singers eine Rede dieses Mannes vom Nürnberger Parteitage zitiert, worin es heißt:

„In der Tat: wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft! Und die Jugend mit sozialem Geiste zu erfüllen, die Jugend kampfbereit zu machen, sie zu stärken für den Kampf gegen die heutige Gesellschaft, das ist der Zweck unserer Jugendbewegung! Daneben haben wir noch das Bestreben, aufzuräumen mit dem Wust überlieferter Anschauungen, die die Schule in unserer Jugend pflanzt. Wir wollen in die Köpfe und Herzen unserer Jugend pflanzen den revolutionären, sozialistischen Geist.“

„Das ist die denkbar höchste Auffassung von der Jugendbewegung und ihrer eminenten Kulturbedeutung“, sagt dazu die „Arbeiter-Jugend“.

Vaterland in unserem Sinne ist der „Arbeiter-Jugend“ ein fremder Begriff. „Die ganze Welt ist unser Vaterland, sind aller Menschen Brüder“, hieß es mal auf einer sozialdemokratischen Mafseierkarte. Auch die „Arbeiter-Jugend“ kennt keine Vaterlandsliebe, keine Treue zu Kaiser und Reich. Diese Dinge, diese hohen Ideale eines jegliches Volkes, sind ihr Humbug, Phrasen, Lüge. Darum läßt sie ihre jungen Leber jagen:

„Und treu ist der Hund,
Man lenkt ihn ohne Zügel,
Und schlägt man ihm den Rücken wund,
So leckt er ab die Prügel.
Und wird er auch zuweilen wild,
So kriecht er stets aufs neue,
O Hund, du prächtig Zitelbild,
Fürs Lied von der deutschen Treue!“

Unsere deutsche Nationalhymne hat die rote Jugend nach einem Berichte ihres Schmutzblattes (Seite 296) umgedichtet in Verse, die den Titel „Donnegans“ tragen.

Fürs Vaterland zu sterben ist dem ehlen Menschen zu allen Zeiten eine Ruhmes- und Heldentat gewesen. Wie bewertet diese Tat die „Arbeiter-Jugend“? In einer Erzählung vom „sterbenden Ruaven“ (Seite 326) heißt es u. a.:

„Da sah ich immer und immer wieder diese todesstrahlenden brechenden Augen des sterbenden Ruaven. Diese Augen hatten mich sehend gemacht. Diese Ruaven, die mich lehrten, daß es Phrasen, erbärmliche Lüge ist, dieses „freudig“ in den Tod gehen fürs Vaterland.“

Und auf Seite 191 heißt es in einer Erzählung: „Das eiserne Kreuz“:

„Welten war ein tapferer Soldat, mit anderen Worten, er mordete, so viel er konnte. Dafür bekam er aber auch das eiserne Kreuz.“

Wir lassen diese Zitate ohne Kommentar für sich wirken. Bemerkte sei, daß sie nur aus einem Jahrgang des sozialdemokratischen Jugendorgans genommen sind. Daß die Roheit auch noch dicker aufgetragen wird, lehren die zahlreichen sozialdemokratischen Jugend-Flugblätter.

Was für ein Geschlecht wird da herangezogen? Aber was nützen die Lamentationen? Hier muß gearbeitet werden. Sammeln wir die Jugend in den konfessionellen Jugendvereinen und in den christlichen Gewerkschaften.

Zum Bergarbeiterkampfe in England.

Nun ist der große Kampf in dem Bergbau Großbritanniens doch zur Tatsache geworden. Die Bemühungen des Ministerpräsidenten Asquith, der sich um das ganze gewerbliche Einigungsweesen Englands große Verdienste erworben hat, die Parteien auf einer mittleren Linie zu einer Einigung zu führen, sind gescheitert. Bekanntlich handelt es sich bei dem Kampfe in der Hauptsache um die Forderung der Bergleute, von den Grubenbesitzern einen bestimmten Satz als Minimallohn garantiert zu bekommen. Ein Teil der Grubenbesitzer steht dieser Forderung grundsätzlich ablehnend gegenüber, ein anderer sieht sich an der Höhe des Minimallohnes, den die Arbeiter fordern. Ein großer Teil verhält sich deshalb ablehnend, weil die Arbeiter den Streik unter Vertragsbruch begonnen haben. Die englische Regierung steht der Forderung nach einem Minimallohn grundsätzlich zustimmend gegenüber. Sie wünscht aber die Sache bezirksweise zu regeln und namentlich als eine Folge des Minimallohnes eine Minimalleistung für die Grundlage des Mindestlohnes. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Mindestlohn für den englischen Bergbau nunmehr von Gesetzeswegen eingeführt wird.

Wie die Tagesblätter berichteten, standen bald nach dem Scheitern der Verhandlungen rund eine Million Bergarbeiter im Kampfe. Es werden nur diejenigen Arbeiten verrichtet, die zur Zustandhaltung der Gruben unbedingt ausgeführt werden müssen. Naturgemäß zieht der Kampf weitere Gewerbe in Mitleidenschaft, ist doch die Kohle das Futter für die Industrie und weite Zweige des ganzen Gewerbes und des Verkehrs. So wird aus einigen Bezirken von Stilllegung der Eisenbahnen berichtet, von Einstellung des Schiffsverkehrs, von Betriebsstörungen im Eisenwerke usw. Die Preise für Kohlen und alle Lebensmittel sollen bedeutend in die Höhe geschossen sein. Ganz England befindet sich begreiflicher Weise in einer großen Erregung.

Englands Industrie hat in den letzten Jahren auf einem Kampf durchglühten Boden gestanden. Während früher größere Kämpfe in England seltener waren, und zahlreiche tiefgehende Differenzen auf dem Einigungswege geschlichtet wurden, macht sich in den letzten Jahren ein radikalerer Kampfeswille unter der Arbeiterschaft bemerkbar. Das kommt natürlich nicht von ungefähr. Nicht bloß sind im englischen Gewerkschaftsleben bedeutende Wandlungen vor sich gegangen, auch die Industrieentwicklung des Landes geht nicht mehr in den alten Bahnen vor sich. Für die Gewerkschaft und für die Industrie sind im Laufe der Jahre in wachsendem Maße Probleme emporgewachsen, die nicht so leicht bemeistert werden können. Zunächst rächt sich an den englischen Gewerkschaften ihre jahrzehntelang geübte verkehrte U b h l i e ß u n g gegen die ungelehrten Arbeiter. Diese, unter denen auch der radikalere Sozialismus seine Anhänger zu haben scheint, dringen nun mehr in die Gewerkschaften hinein und geben der ganzen Arbeiterbewegung eine radikalere Richtung. Die Gewerkschaften sind von ihrem alten, bewährten Standpunkt der Neutralität immer mehr abgewichen, eine Tatsache, die schon zu nicht unbedeutenden Abpflitterungen geführt hat.

Indem die Gewerkschaften langsam aus den früheren, ruhigen Bahnen besonnener, zielklarer Arbeit gedrängt wurden, vollzog sich auch in der öffentlichen Meinung

des Landes ein Umchwung zu ihren Ungunsten. Selbst in der Rechtsprechung kam das zum Ausdruck. Es sei nur erinnert an das Urteil des Oberhauses, wonach die Gewerkschaften für den durch Vertragsbruch und Streikposten ihrer Mitglieder entstandenen Schaden haftbar gemacht werden sollten. Das Urteil konnte nur durch ein besonderes Gesetz unwirksam gemacht werden. Im Jahre 1910 kam das Osborneurteil, wonach die Gewerkschaften nicht berechtigt seien, Beiträge zu erheben oder Gelder zu verwenden für die Arbeiterpartei oder für Vertreter im Parlament. Beide Urteile gingen den Gewerkschaften an den Lebensnerv und haben ihrerseits wieder zur Erbitterung der Arbeiter beigetragen. Diese neue Situation ist den englischen Gewerkschaften um so gefährlicher, als sie es an einer vernünftigen Erziehung und gewerkschaftlichen Vertiefung ihrer Mitglieder haben fehlen lassen und weil andererseits die alten englischen Gewerkschaftsführer der Situation nicht mehr gewachsen zu sein scheinen und teilweise schon von radikaleren Elementen verdrängt worden sind.

Aber darüber hinaus werden auch in der jetzigen Bergarbeiterbewegung Probleme berührt, die für die Entwicklung der Industrie einerseits, der Arbeiterorganisationen andererseits von größter Bedeutung sind. Man war eben in England seit Jahrzehnten und bis vor wenig Jahren gewöhnt, die Fragen alle, die auf das Dienst- und Arbeitsverhältnis sich beziehen, friedlich gelöst zu sehen. Starke und umfassende Organisationen standen sich gegenüber und pflegten durch ihre Vertreter sorgsam Rat. Es waren die guten Zeiten, wo die Industrie Englands eine Vormacht- und teilweise Monopolstellung inne hatte. Das verlegte sie in die beneidenswerte Lage, Forderungen der Arbeiter, die sich meist in vernünftigen Rahmen hielten, wegen der sicheren Aussicht auf steigende Gewinne meist zu entsprehen. Man einigte sich in vielen Industrien auf die sogenannte gleitende Lohnskala, die den Lohn sich den Marktpreisen gleichsam automatisch anpassen läßt. Das waren die Jahre der ruhigen Entwicklung, und alles auf dem Kontinent, auf dem ein Streit den andern abzulösen begann, blickte mit Neid auf die starken und gesunden Verhältnisse des Inselreiches. Man nahm sich die dortigen Zustände und Anschauungen zum Vorbild und bekehrte sich an manchen Orten zu dem Glauben, das Heil liege in der Befolgung englischer Sozialpolitik.

Das änderte sich mit einem Male, als die ersten großen Kämpfe von der englischen Industrie von sich zu reden gaben. Die Erklärung für die unerwartete Wandlung war nicht gleich bei der Hand, und doch ist sie ziemlich einfach. England ist allmählich aus seiner Monopolstellung verdrängt und an die Seite bedeutender Konkurrenten auf dem Weltmarkte gestellt worden, denen es in der Bezahlung hoher Löhne voraus war. An eine Steigerung derselben war vorläufig nicht zu denken; denn die wirtschaftlichen Gesetze sind stärker als der gute Wille des einzelnen Arbeitgebers, mögen die Sozialdemokraten auch hundertmal anderer Meinung sein. So kam es, daß die Löhne Neigung zum Stillstand zeigten und nicht mehr Schritt hielten mit den Preisen der Lebensmittel und Bedarfsartikel, die selbst im freihändlerischen England in den letzten Jahren eine merkliche Steigerung erfuhr. Die Erscheinung ist verständlich für den, der die Gesamtlage überblickt, nicht aber für den Arbeiter, dessen Gesichtskreis gewöhnlich nicht über seine persönlichen Interessen hinausreicht. Allmählich begannen die Arbeiter sich in ihrer wirtschaftlichen Lage un sicher zu fühlen, gleich wie die Unternehmer ihrerseits die frühere Zuversicht verloren hatten. Sie erhoben daher mit größerem Nachdruck als je zuvor den Ruf nach einem Mindestlohn.

Wir werden nach Beendigung des Kampfes versuchen, die hier angeordneten Probleme innerhalb des englischen Gewerkschafts- und Industrielebens in einigen Artikeln eingehend zu behandeln.

Mehr Freude.

Ein Kollege schreibt uns:

„Ja, mit Freuden, nicht weil wir mußten, sondern weil wir wollten, haben wir vergangenen Winter die Beschlüsse der Nachener Verbandsversammlung durchgeführt. Eine Freude war es, zu sehen, wie sich in fast allen Ortsgruppen eine Zahl eifriger Mitglieder an der Agitation und besonders an der Hausagitation beteiligte. Mancher, der vorher klagte über all die Beschwerden und Hemmnisse, trat frisch mit den andern die Arbeit an, und manche Kollegin, die noch niemals irgendwie mit dabei gewesen war, empfand es als ihre Pflicht, aus Ueberzeugung und Idealismus zu der Stärkung des Verbandes beizutragen. Da wurden gemeinsam Adressen gesammelt, in Sitzungen Material verteilt und Anregungen gegeben, Reviere verteilt und zum Schluß der Weg der Hausagitation angetreten.“

Hier gingen zwei Kollegen zusammen, dort zwei Kolleginnen, auch agitierte ein Kollege und eine Kollegin gemeinsam auf den Rundgängen. Jeder richtete sich nach den örtlichen Verhältnissen, und überall große Erfolge. Selbst in vielen Orten, von denen die Vorstandsmitglieder der Ansicht waren, es sei nichts mehr zu gewinnen, hatten wir noch 50% und darüber Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Ueberall, in jedem Bezirk und in jeder Ortsgruppe, herrschte Freude über den Erfolg und besonders über das Gesamtergebnis der Hausagitation.“

In der vorigen Nummer unseres Organs rief nun wieder der Zentralvorstand die Agitationskommissionen und Vertrauensleute auf ihren Posten. Alle Kräfte, und zwar zugleich mit guter Vorbereitung, zur Agitation ver-

wenden, muß auch jetzt wieder einen guten Erfolg bringen. Es soll uns wieder eine Freude sein, die Indifferenten zu besuchen, sie und ihre Angehörigen aufzuklären. Auch die Gleichgültigen, die zwar nicht immer aus Absicht der Organisation fern bleiben, wollen wir „beim Schopfe fassen“ und zu uns führen. Da haben wir Arbeit genug, und jeder kann sich betätigen. Sei es an der Arbeitsstelle, auf dem Hin- und Heimwege, in der Hausagitation, in den Fabrik- und sonstigen Versammlungen. Besonders aber sind noch zwei Gruppen in der Textilarbeiterschaft, die wir durch eine planmäßige Hausagitation gewinnen können und müssen. Erstens die Jugend und zweitens die Arbeiterinnen. Die Jugend, weil sie meistens die Bewilligung der Eltern zum Beitritt haben muß und zu den Versammlungen fast gar nicht erscheint. Für sie ist die Hausagitation sehr am Platze; denn dadurch werden die Eltern und Geschwister belehrt und aufgeklärt, und der Sommer wird nach der Aufnahme kaum Schwierigkeiten finden. Bei den Arbeiterinnen finden wir zum großen Teil dasselbe Verhältnis. Sie gehen nicht gerne allein in die Versammlungen und können am besten zu Hause gewonnen werden. Darum muß die Hausagitation auch hier einsehen. Dazu aber können wir uns kaum eine günstigere Zeit denken, als die jetzige. Ich höre schon von einigen Jaghaften das „Wenn“ und „Aber“. Fort damit! Nach dem Erfolge der Hausagitation im vorigen Jahre heißt es von neuem „Tritt gefaßt“. Ein eiserner Wille muß von Erfolg gekrönt sein. Die Einwendungen von Unorganisierten werden uns nicht mehr als Hemmnisse erscheinen. Mit Leichtigkeit können sie widerlegt werden. Und haben wir ein Mitglied gewonnen, so haben wir einen Erfolg. Also weg mit aller Jaghaftigkeit und mit allen kleinlichen Ausreden, wenn es gilt für unsere gerechte und absolut notwendige Verbandsarbeit einzutreten. Da sehe ich, wie unsere Vorstandscollegen uneigennützig, im Dienste unser aller, Tag für Tag und jahraus jahrein arbeiten für das Gesamtinteresse und unser Wohl. Wir können und dürfen ihnen nicht die Arbeit allein überlassen. Als Agitatoren in Haus und Fabrik können wir ihnen helfen und uns dankbar zeigen. Wer wollte da als unwürdiger Gewerkschafter zurückbleiben, wenn er nicht durch triftige Gründe abgehalten wird? Wer sich entschuldigend, beschuldigend in der Regel, zeigt sich träge oder ohne festen Willen.

Wir wollen! Wir wollen es uns eine Freude sein lassen, wenn wir für unsern Verband Mitglieder werben können. Nicht nur bei Festen, Spiel oder Tanz gibt es Freude, nein auch in der Gewerkschaftsarbeit und besonders in der Kleinarbeit gibt es Freude und Erfolg.

An die Arbeit!

Allgemeine Rundschau.

Die Stellung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter zur Lohnbewegung im Ruhrkohlenbecken. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter wird wegen seiner Haltung in der im Gange befindlichen Lohnbewegung von der sozialdemokratischen und einem Teile der linksliberalen Presse heftig angegriffen. Die Organe der drei verbündeten Organisationen gießen einen förmlichen Schmutzkübel über den Gewerkschaftsverein und seine Leitung aus. Das wird den Gewerkschaftsverein absolut nicht irre machen in seiner einmal für gut und notwendig erkannten Stellung.

Zunächst sei gesagt, daß der Gewerkschaftsverein gegen eine Lohnforderung der Bergarbeiter als solche natürlich nichts einzuwenden hat. Im Gegenteil, er hat die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung für die Bergarbeiter bedingungslos anerkannt und vertritt sie auch mit aller Entschiedenheit. Was ihn von einem Zusammengehen mit den übrigen Verbänden abhält, ist zunächst die Tatsache, daß er den jetzigen Zeitpunkt für eine generelle Lohnforderung für ungeeignet hält. Die Besenbesitzer hatten teilweise Lohn-erhöhung angekündigt, teilweise eine solche bereits gemährt. In solcher Situation nun mit einer generellen Lohnforderung zu kommen, muß für jeden, dem es nur um die Sache zu tun ist und dem gewerkschaftliche Taktik kein Buch mit sieben Siegeln ist, als eine große Unklugheit erscheinen. Der ganze bisherige Gang der Dinge hat dem Gewerkschaftsverein darin Recht gegeben. Weiterhin muß nach allem, was vor der Bewegung vor sich gegangen ist, angenommen werden, daß der sozialdemokratische Bergarbeiterverband, mit Rücksicht auf die englische Bewegung, aus dem Bergarbeiterkampfe einen internationalen Solidaritätsstreik machen möchte. Nun lehnt aber der Gewerkschaftsverein nicht bloß einen internationalen Solidaritätsstreik als solchen ab, er macht ihn auch deshalb nicht mit, weil ein solcher Kampf die Aussichten der deutschen Bergarbeiter auf Verbesserung ihrer Lage ganz und gar zu nichte machen und in seinen Folgen unübersehbare Nachteile für die deutsche Bergarbeiterbevölkerung zeitigen müßte. Den englischen Bergarbeitern wäre mit einem solchen Kampfe auch nicht geholfen.

Dazu kommt noch folgendes. Ein Lohnkampf der Bergarbeiter muß, ungleich mehr wie jede andere Arbeiterbewegung, von der Sympathie der Gesamtheit getragen werden. Und die ist diesmal nicht in genügendem Maße vorhanden. Die notwendige Folge einer Ablehnung der Arbeiterforderungen müßte sein der Generalstreik. Mit der Genehmigung eines solchen Riesenkampfes nehmen aber die Bergarbeiterverbände eine ungeheure Verantwortung auf sich. Ein solcher Streik würde ja nicht auf die Gruben beschränkt bleiben, er würde weite Kreise anderer Gewerbe in Mitleidenschaft ziehen, namentlich der Metallindu-

strie. Er würde eine Stockung des ganzen Erwerbslebens, Teuerung und ferner Arbeitslosigkeit großer Arbeiterkreise im Gefolge haben. Nun stehen wir am Anfange einer guten Konjunktur. Die Arbeiterschaft der übrigen Berufe kann sich langsam mehr regen und bewegen. Es würde in einer solchen Situation ein Generalstreik der Bergarbeiter ein ungeheurer Schlag für unser ganzes Wirtschaftsleben, für weite Kreise der deutschen Arbeiterbevölkerung sein. Auch unsere Textilindustrie und ihre Arbeiter, die so außerordentlich schlechte Zeiten hinter sich haben, würden von einem Bergarbeiterstreik sehr schwer getroffen. Damit soll nicht gegen die Bergarbeiterforderungen an sich Stellung genommen, sondern nur folgendes gesagt sein: Die christlichen Gewerkschaften sehen an sich schon in dem Streik ein gewerkschaftliches Kampfmittel, das erst in allerletzter Linie zur Anwendung gebracht werden soll. Sind nun aber für eine christliche Gewerkschaftsleitung solche schwerwiegenden Momente mit in Rechnung zu stellen, wie in diesem Falle, dann muß sie erst recht mit der allergrößten Sorgfalt ihre Entscheidung treffen, muß sie die letzten friedlichen Mittel zu erschöpfen und einen Kampf zu vermeiden suchen, wenn es nur eben ohne Schädigung der Interessen ihrer Mitglieder möglich ist. Und wenn alle vorhandenen Kräfte in der richtigen Weise angelegt werden, namentlich auch die Regierung ihre Pflicht tut, ist Aussicht auf eine friedliche Erledigung der Sache vorhanden.

Über für den Gewerksverein kommen noch folgende Erwägungen in Betracht. Er hat gegenüber dem Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes ein großes Mißtrauen. Wir teilen mit ihm die Ansicht, daß die Bewegung auch zu dem Nebenzwede eingeleitet wurde, um den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zu schädigen. Im Jahre 1905 haben die drei großen Verbände die Bewegung zusammen geführt, und damals war das Ziel des roten Verbandes auf eine Zertrümmerung des Gewerksvereins gerichtet. Da ist ein großes Mißtrauen gegenüber der jetzigen Bewegung schon am Platze.

Wir sind ferner der Ueberzeugung, die wir schon früher ausgesprochen haben, daß der rote Verband heftig um politische Geschäfte für die Sozialdemokratie zu betreiben. Von dieser Auffassung vermag uns nichts abzubringen.

Wir gönnen den Bergarbeitern alles Gute, einen vollen Erfolg in der jetzigen Bewegung, aber wir anerkennen die Haltung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter nicht bloß als klug und im Interesse der Bergarbeiter und unserer ganzen deutschen Volkswirtschaft gelegen, das musterghiltige Verhalten seiner Leitung und seiner Mitglieder nötigt auch unseren Respekt heraus. Es wirkt vorbildlich und erzieherisch für unsere ganze Gewerkschaftsbewegung. Die Berichte einiger Zeitungen, daß die Mitglieder des Gewerksvereins mit dem Vorgehen ihrer Leitung nicht einverstanden wären, sind eine Geste. Eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins, die dieser Tage stattfand, hat sich einmütig auf den Standpunkt der Leitung gestellt. Ein Bravo den wackeren, mutigen Männern!

Das Verhalten der Zeichenbesitzer muß den schärfsten Protest herausfordern. Sie gießen geradezu Del ins

Feuer. Wenn es zum schweren Kampfe kommen wird, haben auch sie einen großen, wenn nicht den größten, Teil der Schuld zu tragen.

Der christliche Holzarbeiterverband hat im Jahre 1911 eine recht erfreuliche Entwicklung genommen. Stieg doch die Mitgliederzahl von 13407 am Schlusse des Jahres 1910 auf 16448 Ende 1911. Das ist ein Mehr von 3040 Mitgliedern in einem Jahre. Das ist ein recht schönes Ergebnis und eine große Genugtuung für alle die Mitglieder des Verbandes, die ihre Kräfte ihrer Berufsorganisation zur Verfügung stellten. Auch im Jahre vorher stieg die Mitgliederzahl um rund 2000, so daß der Verband in einem Zeitraum von zwei Jahren einen Mitgliederzuwachs von 5136 oder von 45 Prozent buchen kann. Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß im vergangenen Jahre rund 600, im Jahre vorher 374 Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes zur christlichen Organisation übertraten.

Auch die Kassenverhältnisse des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter haben sich im Jahre 1911 recht gut gestaltet. Das Jahr 1911 schließt ab mit einem Verbandsvermögen von 570080,23 M. Die Zunahme beträgt im letzten Jahre 154274,26 M. gegen eine solche im Jahre vorher von 100102,05 M. Zurzeit beträgt das Vermögen über 600000 M.

Diese eifrige Sorge der Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes, ein starkes Verbandsvermögen und eine ständig wachsende Steigerung der Ueberschüsse zu erreichen, sollten sich die Mitglieder unseres Verbandes zur Lehre dienen lassen. Das System der Lokalbeiträge zur Bestreitung der örtlichen Bedürfnisse ist im ganzen Verbandsgebiete unserer christlichen Bruderorganisation eingeführt. Es gibt Zahlstellen, in denen die Höhe der Lokalzuschläge an die der ordentlichen Beiträge heranreicht.

Der Verband hat im vergangenen Jahre für seine Mitglieder bedeutende Vorteile erringen können; er gewinnt auch von Jahr zu Jahr an Bedeutung bei der Tarifbewegung im Holzgewerbe. Arbeiter die christlichen Holzarbeiter auch in der Zukunft eifrig an der inneren und äußeren Stärkung ihres Verbandes, dann wird ihnen auch für die Zukunft die Verbesserung ihrer Lebenshaltung garantiert sein.

Eine Provokation? Die „Berliner“ wissen aus allen Blüten Honig zu saugen. Im November vergangenen Jahres fand in Rotterdam der Kongreß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Hollands statt. Als Vertreter der deutschen christlichen Gewerkschaften nahmen an den Verhandlungen Kollege Stegerwald und Brauer vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes teil. Die Tatsache beruhten die „Berliner“ wiederum zu einer neuen Verdächtigung. Sie sagten, in der Teilnahme Stegerwalds am holländischen Kongreß läge eine Provokation an die Adresse der holländischen Bischöfe, weil diese sich doch, mit bestimmten Ausnahmen, für die katholischen Gewerkschaften ausgesprochen hätten. Stegerwald hat darauf geantwortet:

„Mit Provokationen hatte meine Anwesenheit in Rotterdam nicht das allermindeste zu tun. Ich bin vor drei Jahren zum internationalen Sekretär der christlichen Gewerkschaften gewählt worden. Die christlichen Gewerkschaften Hollands sind dem internationalen Sekretariat angeschlossen. Wenn diese mich zu ihren Tagungen einladen, bin ich verpflichtet, ihren Verhandlungen beizuwohnen. Ich habe also lediglich meiner Pflicht genügt.“

Wir möchten dazu noch bemerken: Unser christlicher Textilarbeiterverband hat auch im vergangenen Jahre einen Vertreter zu einer Tagung einer holländischen christlich-interkonfessionellen Gewerkschaft geschickt, und zwar zu dem ordentlichen Verbandstage des holländischen christlichen Textilarbeiterverbandes „Unitas“, gegen den sich der Kampf der Konfessionellen in Holland ja in erster Linie richtet. Ja, der deutsche christliche Textilarbeiterverband hat noch mehr getan. Er hat seinen Vertreter beauftragt, dem holländischen Bruderverbande die Versicherung der Solidarität und der treuen Waffenbrüderschaft zu überbringen. Ob man auch das als eine „Provokation an die Adresse der holländischen Bischöfe“ aufgefaßt und dementsprechend verwendet hat, wissen wir nicht. Wir können aber auch versichern, daß wir für das Treiben der „Berliner“ und ihrer Helfer gar kein anderes Gefühl als nur das einer großen Verachtung empfinden. Wir halten es für überflüssig, zu versichern, daß unserem Verbande eine Provokation der holländischen Bischöfe ganz und gar fern gelegen hat. Die „Unitas“ ist der „Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen“ seit Gründung derselben angeschlossen. Viel Freude, aber auch viel Leid hat unser Verband mit den Freunden von der „Unitas“ ausgekostet. Und wenn nun unser Verband sich feige brüden sollte angesichts des neuen heftigen Kampfes, die unsere holländische Bruderverorganisation um ihr kostbarstes Gut, um ihren grundsätzlichen Charakter, auszuhalten hat, dann würden wir und die „Unitas“ pfeifen auf die Solidarität, die in der internationalen Vereinigung begründet liegt.

Die geistlichen Weiräte. Bekanntlich verlangen die Berliner, daß die gewerkschaftlichen Fragen des Arbeitsverhältnisses nur in engster Verbindung mit der katholischen Kirche behandelt und „gelöst“ werden. Sie wollen darum die katholische Organisationsform unter kirchlicher Leitung. Jeder Fachabteilung in einem katholischen Arbeiterverein ist darum ein geistlicher Weirat beigegeben, der darüber zu wachen hat, daß die gewerkschaftlichen Arbeiten stets im Rahmen des christlichen Sittengesetzes, wie es die katholische Kirche kennt, erfolgen. Es soll hier nicht auf die theoretische Vertehrtheit dieser Forderung hingewiesen werden, es seien nur einige praktische Fälle angeführt, die darum, in welche ungünstigen Situationen durch dieses System die Geistlichkeit kommen und wie sehr dadurch die Kirche selbst geschädigt werden kann. Die Fälle wurden von dem Kollegen Stegerwald in seinem, an einer anderen Stelle dieser Zeitung besprochenen, Referate mitgeteilt. Kollege Stegerwald erzählte folgendes:

„In den letzten Jahren sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Arbeitervereinspräsidenten in Industrie-

Nach dem Brande.

Ein Erlebnis und seine Lehren. Von Fanny Harder.

II.

Sie waren etwas später zur Versammlung gekommen; die Frauen hatten vorher noch wichtige häusliche Beschäftigungen erledigt. Aber sie wollten doch nicht die Gelegenheit verpassen, die Jahrsversammlung für Arbeiterinnen zu besuchen. Der Vortrag, der den Zweck der Organisation im Wirtschaftsleben erläuterte, war schon zu Ende. Um den Neuzugewonnenen nun doch entgegen zu kommen, entschloß sich eine Kollegin, sich zu ihnen zu setzen. Schnell war ein Gespräch angeknüpft. Die Eigenart desselben ist interessant genug, um einiges davon hier wiederzugeben.

Da war zunächst eine in den reiferen Jahren stehende Frau, welche bei dem Einbruch, den die Versammlung auf sie gemacht hatte, sich dahingehend ausdrückte, daß noch viel geschehen müßte, um die Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in weite Kreise zu tragen. Sie selbst sei ja nicht in der Fabrik und deshalb konnte sie bis jetzt nicht viel erfahren. Aber ihren Söhnen gegenüber wollte sie nicht ohne Bemerkung bleiben, denn sie sagte:

„Ich habe sechs Söhne, die sind organisiert, aber sämtlich in den freien Gewerkschaften. Früher waren die Jungen alle gut und brav, waren in konfessionellen Vereinen, überall sind sie herausgegangen und so sind sie auch immer so gut wie früher! Wenn ich nur wüßte, was ich tun soll, um auf die Söhne einzuwirken zu können. Mein Mann war auch nie in der Fabrik, er kennt die Sachen auch nicht, aber wir sind gut religiös und wollen es nicht dulden, daß die heranwachsenden Söhne Sozialdemokraten werden!“

Sind diese Worte nicht ein förmlicher Notruf einer jugendlichen Mutter? Sie, die in den Herzen ihrer Kinder den Samen des Guten und der Religion gelegt, muß wahrnehmen, daß draußen im Wirtschaftsleben eine gewisse Organisation an dieser Arbeit und Nähe ein Fortschrittsziel begonnen! Diese Mutter mußte diese fürchterliche Längung erleben! Ja, sie hatte es eben selbst nicht erfahren, selbst nie miterleben können, mit welcher ungeheurer brutalen Art die jungen Arbeiter in den Fabriken belästigt werden wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftler die Unorganisierten drängen und sogar zwingen, sich ebenfalls zu organisieren. Und was konnte die Frau auch ahnen von dem heissen

Spott und Hohn, der bei den verschiedensten Anlässen und in der mannigfaltigsten Art sich über die Ankerstehenden ergießt? So mag sie vielleicht den mit nach Hause gebrachten Reden der Söhne gleichgiltig gegenüber gestanden haben; sie mag auch mal den Reden nicht gewachsen gewesen sein — und wenn die Söhne bei der Mutter kein Verständnis fanden, wundert's einem dann noch, daß diese bezüglich der Organisation einen eigenen, veränderlichen Weg gingen? Nun aber konnte die Mutter die Wirkung der Organisationszugehörigkeit beobachten: Eltern und Kinder waren sich innerlich fremd geworden, in Bezug auf Religion trat der Einfluß der „freien“ Organisation klar zu Tage. Die ganze Denk- und Lebensart der Kinder wurde somit grundverändert zu der der Mutter. Diese Erkenntnis muß furchtbar herb und schmerzhaft gewesen sein! Der Junke Sozialismus, der in der „freien“ Gewerkschaft genährt wird, hatte den Brand entfacht und die Gestannungsähnlichkeit zwischen Mutter und Kindern total zu Grunde gerichtet.

Und nun wollte die Frau sich über die Arbeit und das Wesen der christlichen Gewerkschaften klar werden. Ob sie wohl noch die Kraft und den Einfluß hatte, daß sie ihre Söhne zur Ueberzeugung brachte und zum Eintritt in die christliche Organisation? Daß doch die Arbeiterfrauen, besonders die Mütter, beizeiten sich klar würden über den Unterschied in den gewerkschaftlichen Organisationen! Es wären dann sicherlich nicht so viele jugendliche Arbeiter in den freien Gewerkschaften.

Während der weiteren Unterhaltung ließ sich eine jüngere der Frauen vernehmen:

„Ich würde niemals der sozialdemokratischen Organisation beitreten; das habe ich schon oft gesagt. Mein Mann ist wohl dabei, aber mich wird er nie dazu bringen!“

Sagt nicht diese Rede mehr als genug? Deutet sie nicht die ganze Zerissenheit eines Ehelebens auf? Und was ist die Ursache dazu gewesen? Eben die Mitgliedschaft des Mannes in einer sogenannten freien Gewerkschaft! Seitdem hat er immer mehr mit der Art seines früheren Lebens gebrochen. Die religiöse Ueberzeugung mußte Schiffsbruch leiden, denn als „intelligenter“ Arbeiter mußte er doch die sozialdemokratischen Schriften und Bücher lesen! Die enthielten in Menge den Zunder der Kritik und des Hasses und fraßen an seinem Denken und Empfinden ganz langsam — aber nur um so mehr verheerend.

Die seinen Fährten im Antlitz der jungen Frau betonen, wie sehr sie unter dieser Betrübnung des Man-

nes leiden mußte, denn sie verstanden sich eben nicht mehr in Allem. Da wollte auch diese Frau die christliche Organisation mehr kennen lernen, weniger vielleicht, um ihren Mann bald zu dieser zu bringen, als sich selbst an diese zu klammern.

Was dieser einfache Vorfall, der sich in der deutschen Arbeiterschaft in den verschiedensten Variationen wiederholt, uns lehren soll? Doch nur das Eine: das eheliche Glück und das gute Einvernehmen zwischen den Ehegatten kann nur dann Bestand haben, wenn die gewerkschaftliche Organisation der christlichen Ueberzeugung nicht zuwiderläuft. Nur wenn die junge Arbeiterin vor dem Eintritt in die Ehe mit Recht darauf hinweist, daß als wirtschaftliche Organisation nur die christliche Gewerkschaft in Frage kommt, bleibt sie vor grausamer Enttäuschung bewahrt.

Waren die beiden Frauen sich eins, daß die sozialdemokratische Organisation zum Unglück in ihrem Familienkreis beigetragen hatte, so schien die dritte der Personen eine besondere Mission erfüllen zu wollen. Selbst war sie nicht erwerbstätig; ein um das andere Mal versicherte sie jedoch, daß sie nie den freien Gewerkschaften beitreten würde. In ihrem Uebereifer wollte sie jedermann davor warnen und immer wieder war sie daran, über das Anschwellen der roten zu jammern. Solche Art finden wir in den Kreisen der Arbeiterfrauen und auch in denen christlich denkender Arbeiterinnen des öfteren. Auch in den konfessionellen Vereinen befinden sich diese Personen vielfach. Man entsetzt sich, wenn man die Zahl der freiorганиerten Arbeiterinnen nennen hört, man wundert sich, daß die sozialdemokratische Frauenzeitung „Die Gleichheit“, schon 80000 Abonnenten zählt, und man staunt schon mal über die Versammlungen, Unterrichts-turze und über die ganze Agitation der roten — und dabei läßt man's bewenden!

Daß wir christlich denkende Arbeiterinnen doch daraus einen richtigen Schluß ziehen wollten! Denn mit dem Staunen und Jammern ist's nicht getan, damit halten wir die Sozialdemokratie nicht auf. Ein energisches und planvolles Arbeiten für die christliche Berufsorganisation allein kann's tun. Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, wartet nicht bis die Brandfackel euer Arbeitsfeld berührt!

orten sich energisch der Rechte der Arbeiter annahmen. Was war die Folge? Die Fabrikanten und ihr Anhang — verschiedenlich ließen sich selbst eine Anzahl Arbeiter zu dieser Rolle mißbrauchen — inszenierten eine wahre Hejagad gegen den geistlichen Präses, mit dem Ergebnis, daß dieser an dem betreffenden Orte eine erpriechliche Wirksamkeit nicht mehr ausführen konnte und verjagt werden mußte. Und jedesmal kann man dann erleben, wie die Sozialdemokratie die Sache dahin ausnützt: der Bischof habe sich auf die Seite der Arbeitgeber gestellt. — Ein Herr Pfarrer erzählte mir vor Jahren dieses: Er kam neu an einen Ort mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung. Dieser Ort stand nicht in bestem Rufe. Die Fabrikanten bestürmten dem Pfarrer das Haus und legten Bücher vor, wonach sie in den letzten Jahren mit großer Unterbilanz gearbeitet haben wollten. Wenn die Arbeiter nicht zur Ruhe und Mäßigung gebracht würden, müßten sie ihre Fabriken schließen. Der Herr Pfarrer wirkte, nachdem ihm auch von anderer Seite ähnliche Mitteilungen gemacht worden waren, auf die Arbeiter entsprechend ein. Und das Ergebnis? Die Arbeiter mißtrauten ihm und gingen nicht mehr zur Kirche. Später stellte sich heraus, daß der Herr Pfarrer von den Fabrikanten und ihren Hintermännern sich mächtig angelegen worden war. „Nie wieder“, sagte mir der betreffende Herr später, „lasse ich mich auf solche Sachen ein. Ich hatte nahezu fünf Jahre zu tun, um das verloren gegangene Vertrauen der Arbeiter des Ortes wieder zu gewinnen.“ Heute ist an dem Ort eine starke Zahlstelle eines christlichen Verbandes. Der Herr Pfarrer ist heute glücklich, daß er ähnlichen Fragen aus dem Wege gehen kann.

Schließlich noch folgende Begebenheit. Ich kenne Geistliche, die über die Verhältnisse eines Industriebezirks sehr unglücklich sind. In wenigen Jahren haben sich in dem Bezirk eine Anzahl Arbeiterdörfer gebildet; es mußten Kirchen gebaut und Pfarrerstellen geschaffen werden. Auch die Industriellen haben dabei finanziell mitgewirkt. Jetzt sieht es in den betreffenden Dörfern so aus: Fördert die Geistlichkeit die christliche Arbeiterbewegung direkt oder indirekt, so drohen die Fabrikanten mit Entziehung der Zuschüsse für kirchliche Zwecke; überläßt dagegen die Geistlichkeit die in sozialer Hinsicht ungeschulten Arbeiter ihrem Schicksal, so sind diese in ganz kurzer Zeit der Sozialdemokratie überantwortet. Das sind einige Tatsachen aus der Praxis. Mit neu abgezielten Prinzipien, die auf die praktische Wirklichkeit keine Rücksicht nehmen, läßt sich weder das Volksleben noch die Arbeiterbewegung in einen bestimmten Rahmen hineinpressen. Die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften, in dem Sinne wie sie gedacht ist und wie ich sie hier umschrieben habe, ist ebenso sehr im Interesse der Kirchengemeinschaften wie der Gewerkschaften gelegen.

„Trabanten der Scharfmacher.“ Wie schmerzlich den Genossen der Verlust der beiden bedeutenden Reichstagswahlkreise Bochum und Duisburg ist, zeigt sich u. a. in dem wütenden Geschimpfe, das ihre Presse gegen die christlich-nationalen Arbeiter beliebt. Die christlichen Arbeiter, die der Sozialdemokratie weder bei den Haupt- noch bei den Stichwahlen Gefolgschaft leisteten, wurden als „Trabanten der Scharfmacher“, die christlichen Arbeiterführer als „erbärmliche Wichte“ beschimpft. Die Sozialdemokraten selbst aber, die angeblich grimmigen Hasser der Klassenjustiz, wählten in Mors-Rees den Verkörperer dieser Klassenjustiz: einen Berliner Staatsanwalt; die Sozialdemokraten selbst, die angeblichen Todfeinde jedes Koalitionsrechts-Begners, wählten in Ottweiler-St. Wendel und in Osabrück je einen Generaldirektor und Großindustriellen, die selber sozialdemokratische Arbeiter aus ihren Betrieben glatt herausgeschmissen hatten und in Zukunft diesen Grundsatz zweifellos weiter praktizieren. In Hamm-Swest unterstützten die Sozialdemokraten gar einen Parteigänger der Landwirte, die sonst für die sozialdemokratischen Massen den Inbegriff aller Reaktion und Schlechtigkeit darstellen, gegen den Kollegen Wiedeberg, von dem wohl kein Sozialdemokrat wird behaupten wollen, daß er sich besonders aggressiv gegen die Sozialdemokratie betätigt habe. In Weklar-Altenkirchen stimmten schließlich die Sozialdemokraten bei der Stichwahl gegen den Kollegen Behrens und

für einen Kandidaten, der die Forderungen des Zentralausschusses der vereinigten Zununftsverbände: „Ablehnung der Arbeitskammern und der Arbeitslosenversicherung, dahingegen verstärkter Schutz der Arbeitswilligen“ schriftlich anerkannt hatte.

Das sind nur einige Beispiele aus vielen. „Die Sozialdemokraten“, schreibt das „Zentralblatt“, glauben denn auch selbst nicht an die den christlichen Arbeitern gemachten Vorwürfe. Gibt es einen schlagen-deren, wirkungsvolleren Beweis dafür, als dies: Der Abgeordnete und Beamte der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Rob. Schmidt bringt es in einem Artikel der „Soz. Monatshefte“ fertig, innerhalb zehn Zeilen von einer Schwenkung der christlichen Gewerkschaftsführer ins Lager der Scharfmacher und davon zu reden, daß diese Gewerkschaftsführer in ihrem eigenen politischen Lager fortgesetzt Angriffe zu erdulden haben, weil „ihre sozialpolitische Aufklärung der Arbeiterschaft den Scharfmachern immer unangenehmer wird“!

Der Reichstag bei der Gesetzgebungsarbeit. Das wichtigste Arbeitsgebiet des Reichstags ist seine Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Kein Reichsgesetz ist möglich ohne die Zustimmung des Reichstags, wie sie durch den Artikel 5 der Reichsverfassung vorgeschrieben ist.

Die Initiative zu Gesetzesvorlagen kann entweder vom Reichstag oder vom Bundesrat ausgehen. Die meisten Gesetzesvorlagen bringt freiwillig der Bundesrat ein. Das geschieht zwar noch lange nicht immer aus eignen Stücken, sondern ist sehr häufig die Folge eines Druckes des Reichstags und der öffentlichen Meinung. Daneben steht auch Mitgliedern des Reichstags, wenn mindestens 15 unterschreiben, das Recht zu, Anträge in Form von Gesetzentwürfen vorzulegen. Der Geschäftsgang ist dann folgender: Derartige Anträge oder Gesetzesvorlagen werden dem Präsidenten eingereicht und von diesem zum Druck und zur Verteilung an die Mitglieder des Reichstags bezw. des Bundesrats weitergegeben. Frühestens am dritten Tage nach der Verteilung gelangt die betreffende Vorlage zur ersten Beratung im Plenum (d. h. in der Vollversammlung) des Reichstags, der sie einer Generaldiskussion unterzieht. Dabei werden weniger die Einzelheiten des Entwurfs vorgenommen, als vielmehr die Grundlagen und Grundzüge und die allgemeine Bedeutung desselben. Abänderungsvorschläge sind bei dieser ersten Beratung unstatthaft. Meist schließt die erste Lesung mit der Verweisung der Vorlage an eine Kommission, sei es an eine der ständigen Kommissionen, wie die Budgetkommission, sei es an eine für den besondern Zweck zu bildende Kommission.

Man beginnt erst die eigentliche parlamentarische Arbeit der Abgeordneten. Die Kommissionsmitglieder sind oft in endlos langen Sitzungen damit befaßt, die Regierungsvorlage zu prüfen und sich mit den Vertretern der Regierung über die Beweggründe der Vorlage auseinanderzusetzen. Manches, was vor der Öffentlichkeit gar nicht behandelt werden kann, z. B. Dinge, welche die auswärtige Politik betreffen, wird hier vertraulich zur Kenntnis der Kommission gebracht, dann folgt das Feilschen mit der Regierung um Verbesserungen der Vorlage und der Kampf mit gegnerischen Parteien, um zu retten, was zu retten ist. Meist ist das Schicksal eines Entwurfs durch die Kommissionsverhandlungen entschieden.

Hat der Vorsitzende der Kommission zur Beratung eines schwierigen, kritischen Entwurfs es verstanden, in gewinnender Form und mit diplomatischem Geschick die Verhandlungen zu führen und die widerstrebenden Elemente auf einer Mittellinie zu vereinigen, sind in langwieriger Detailarbeit die Einzelheiten des Entwurfs nach allen Seiten durchberaten und abgewogen worden, dann wird noch ein Richterfakter aus der Mitte der Kommission erwählt, dem nun erst die schwierigste Aufgabe aufgegeben wird. Er hat die Verhandlungen der Kommission schriftlich wiederzugeben, ohne die Namen von Parteien oder Abgeordneten zu nennen; dabei muß er trotzdem jeder Partei gerecht werden, die von ihr geltend gemachten Gesichtspunkte „für“ oder „wider“ mit photographischer Treue zeichnen und ein so übersichtliches Bild geben, daß die Mitglieder des Plenums sich leicht daran orientieren und daraufhin Stellung zur Vorlage nehmen können. Dieser Bericht hat außerdem noch einen großen Wert für die künftige Auslegung des Gesetzes, da er die Erklärungen der Regierungsvorleger zu den einzelnen Paragraphen enthält und die Auffassung der Gesetzgeber über den Sinn der Gesetzesbestimmungen festlegt. Bei weniger schwierigen Materien erfolgt die Richterfakterung mündlich.

Frühestens zwei Tage, nachdem der Bericht und die Kommissionsanträge in die Hände der Abgeordneten gelangt sind, erfolgt die zweite Beratung im Plenum. Ueber jeden einzelnen Artikel wird nunmehr die Diskussion eröffnet und geschlossen und die Abstimmung herbeigeführt. Abänderungsvorschläge können da nach Belieben eingebracht werden; sie bedürfen keiner Unterstützung. Die Beschlüsse der zweiten Lesung bilden dann die Grundlage der dritten, endgültigen Beratung und Beschlußfassung.

Damit ist eine Vorlage aber noch nicht Gesetz; sie bedarf in der Form der Beschlußfassung durch den Reichstag noch der Zustimmung durch den Bundesrat als das Organ der verbündeten Regierungen sowie der Unterschrift des Kaisers. Ist das alles geschehen, dann ist aus der Vorlage das fertige Gesetz geworden.

Schneiderstreik. Am 1. März ist im Herrenmacherschneidergewerbe Deutschlands ein Streik ausgebrochen, der 31 Orte umfaßt. In Berlin ist der 1907 nach sechs-wöchigem Streik abgeschlossene Tarifvertrag abgelaufen und nicht erneuert worden, und am gleichen Tage, dem 29. Februar, liefen in Magdeburg, Köln, Bochum, Celle, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt (Main), Halle a. S., Heidelberg, Liegnitz, Limburg, Lübeck, Meiningen, Mülheim a. R., Müden, Offenbach, Oelsnitz, Quedlinburg, Rostock, Solingen, Stralsund, Weimar, Xrier und Ulm die Tarife ab. Schon am 20. Januar hatte die Berliner Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes für das Herrenmacherschneidergewerbe und der Schneiderverband für Berlin und Charlottenburg vergeblich verhandelt. Die Arbeiter forderten:

„Neunständige Arbeitszeit, Ablehnung des Unternehmerwunsches, in einem Geschäft nach verschiedenen Tarifklassen arbeiten zu lassen, sowie Lohnherhöhungen von durchschnittlich 10 v. H. besonders für Heimarbeiter.“

Der Arbeitgeberverband wollte neben einigen Lohn-erhöhungen auch Lohnkürzungen eintreten lassen, besonders für Salkos und Uster. Entgegenkommender war der nicht zentralisierte Verein selbständiger Schneider Berlins; er wollte 9 1/2 stündige Arbeitszeit und durchschnittlich Lohnherhöhungen um 7 1/2 v. H. bewilligen; auch er war Gegner der Doppeltarife im gleichen Geschäft. Am 22. Februar fand in Frankfurt ein Schlichtungsversuch zwischen den drei Hauptvorständen der Arbeitnehmer und dem Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes statt. Dieser drohte gleich am ersten Tage zu scheitern, wurde aber noch zwei weitere Tage fortgesetzt. Nachdem man sich in grundsätzlichen Fragen schließlich schon ziemlich nahe ge-

kommen war und nachdem besonders die Berliner Arbeit-gebervertreter zu weiterem Entgegenkommen bereit ge-wesen waren, wurden nun die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen, nachdem die Münchener Arbeit-geber einen völlig ablehnenden Standpunkt eingenommen hatten; diesen hatten sich die Vertreter Kölns und Hamburgs zugesellt. Der Streik war damit unvermeid-lich geworden und mußte insgesamt etwa 15 000 Arbeiter umfassen. Der Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband beschloß aber, den Streik mit einer Aussperrung aller männlichen Gehilfen zu erwidern, etwa 30 000 an der Zahl, in über 3000 Betrieben an 156 Orten. Am 28. Februar nahmen 4000 Maßschneider in Berlin eine Entschliebung für den Streik an; freilich gab es auf Arbeitgeberseite sowohl hier wie auch in anderen Städten ziemlich viele Absplitterungen, so daß der Kampf von vornherein nicht die befürchtete Aus-dehnung erhalten dürfte. Die nicht dem Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband angeschlossenen Schneider-firmen Berlins protestieren gegen die Rabalalen im Unternehmerlager mit großer Energie und guten Gründen.

Die für den 7. März in Halle angelegten Friedens-verhandlungen sind nicht zustande gekommen, weil die Unternehmer erklärten, daß Aussichten auf Verständigung doch noch nicht vorhanden seien.

Die Kinderzuschussrente in der Invalidenver-sicherung. Mit der Umänderung unserer Arbeiterversicherung ist auch eine wichtige Neuerung getroffen worden in der Invalidenversicherung und zwar durch die Einführung der Kinderzuschussrente. Jeder Empfänger einer Invalidenrente, dessen dauernde In-validität nach dem 31. Dezember 1911 ein-getreten ist, oder dessen Krankenrente nach dem 31. Dezember 1911 beginnt, erhält für jedes seiner Kinder unter 15 Jahren als Zu-schuss zu seiner Invalidenrente ein Zehntel der eigenen Rente. Invalidenrente und Kinder-rente dürfen jedoch den 1 1/2fachen Betrag der Invalidenrente nicht übersteigen.

Vorbedingung zur Erlangung der Kinderzuschuss-rente ist also, daß die dauernde Invalidität erst im Jahre 1912 eingetreten ist. Wer etwa jetzt den Antrag auf Gewährung der Invalidenrente stellen würde, hätte keinen Anspruch auf die Kinderzuschussrente, wenn ihm die Invalidenrente schon von einer Zeit vor dem 1. Januar 1912 ab ge-währt und nachgezahlt würde. Wird seine Invalidität im Sinne des Gesetzes aber als nach dem 31. Dezember 1911 eingetreten erachtet, dann hat er Anspruch auf die Kinderrente. Würde dann seine Invalidenrente z. B. 250 Mark jährlich ausmachen, so würde ihm für jedes Kind unter 15 Jahren ein Zuschuss von 25 Mark jährlich gezahlt werden, so daß sich seine Invalidenrente um so-viel mal 25 Mark steigern würde, als Kinder unter 15 Jahren vorhanden sind. (Bis zu 5 Kindern.)

Grundlose Verdächtigung. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften waren von jeher darauf bedacht, die christ-liche Arbeiterbewegung bei der Arbeiterschaft und den Arbeitgebern in Mißkredit zu bringen und in ihrem An-sehen zu schädigen. Bekannt ist, daß sie, um diesen Zweck zu erreichen, in den Mitteln durchaus nicht wählerlich sind. Gegenwärtig, wo die christlich organisierten Arbeiter im Magener Steingebiet in einer Tarifbewegung stehen, versendet der sozialdemokratische Steinarbeiterverband ein von drei Vorstandsmitgliedern der Zahlstelle Magden unterzeichnetes Zirkular, worin unter der Ueberschrift: „Die christliche Gewerkschaft“ eine Vermögensbilanz auf-gestellt ist, die bei einer Einnahme von 220 000 M. an Beiträgen eine Ausgabe von 170 000 M. Verwaltungs-kosten und 70 000 M. Schulden aufweist. Da diese Bilanz weder auf die christlichen Gewerkschaften im all-gemeinen, noch für den christlichen Peram- und Stein-arbeiterverband im besonderen zutrifft, so stellt sich das Schreiben der drei Magener Vorstandsmitglieder als eine Vorspiegelung falscher Tatsachen dar. Das Nachwerk ist aber umso verwerflicher, als dabei gleich-zeitig auf die Leistungsfähigkeit der „Christlichen“ bezüg-lich der Lohnbewegung der Magener Steinarbeiter em-pfänglich gemacht wird, unter dem Hinweis, daß der sozialdem-okratische Verband rund 100 000 M. für etwaigen Streik bereit gestellt habe. Daß mit solchen Verdächtigungen unmittelbar vor den Tarifverhandlungen der Arbeiterschaft der denkbar schlechteste Dienst erwiesen wird, ist außer Zweifel. Den Urhebern der Verdächtigung wird Gelegenheit gegeben werden, die aufgestellten Behaup-tungen vor Gericht zu beweisen.

Bescheidene Leute sind doch die Herren Sozial-demokraten. Vor längerer Zeit brachte das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften eine Liste der wegen Be-leidigung und Terrorisierung christlicher Arbeiter und Arbeiterführer bestraften Sozialdemokraten. Rund 37 Nummern wurden aufgeführt, welche sich durch die neuere Veröffentlichung des „Zentralblattes“ (Nr. 5, 1912) auf 67 erhöht haben. Dabei macht dieses sozial-demokratische Sonderregister noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die rote Presse geberdete sich wie aus dem Häuschen und drohte „mit noch schlimmerem Material gegen die Christlichen“. Was aber dabei heraus-kam, war für die Genossen äußerst kläglich. Die sozial-demokratische Dortmund „Arbeiter-Zeitung“ bringt jetzt wieder in Nr. 52 vom 4. 3. 1912 eine Gegenliste, welche nebst einer wichtigtuersischen und donnernden Einleitung, unter der Ueberschrift, „Wurft wider Wurft“ ganze 13 Nummern aufweist. Und was für welche? Sehen wir uns dieselben näher an:
Nr. 1. Die schwarze „Allgäuer-Zeitung“ ... Redakteur ... 50 M.

Nr. 5. . . . der Herausgeber des Blattes „Für Wahrheit und Recht“ . . . 150 M. Geldstrafe . . .
 Nr. 6. 500 M. . . . der Zentrumsabgeordnete Dr. . . . weil er seinen Gegenkandidaten . . .
 Nr. 7. . . . Redakteur der „Vorzer-Zeitung“ . . . wegen Beleidigung eines Bürgermeisters . . . 200 M.
 Nr. 8. Der Zentrumsagitator . . . aus Köln . . . wegen Beleidigung des liberalen . . . 800 M.
 Nr. 10. Wegen Beleidigung eines kath. Priesters . . . Chefredakteur des „Bayerischen Couriers“ . . . 75 M. . . .
 Großartig! Sind das doch gefährliche Leute, diese „christlichen Gewerkschaftler“.
 Nun bleiben von dem „christlichen“ Sündenregister noch 6 zweifelhafte Nummern übrig. Nr. 2 führt eine Beleidigungsklage des christlichen Bezirksleiters Sparenberg an, wonach in einem Vergleich Sp. seine Beleidigung zurücknahm. Das rote Organ vergißt dabei anzuführen, daß in diesem Vergleich auch der sozialdemokratische Gegner Sparenbergs die gegen Sparenberg gemachte Beleidigung zurücknehmen mußte. Somit bleibt von 13 Nummern nicht viel mehr übrig. Sind doch „bescheidene Leute“, diese Herren Sozialdemokraten.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Februar

berichtet das soeben erschienene Märzheft des „Reichsarbeitsblattes“:

Der Geschäftsgang in den Baumwollspinnereien wird von allen Berichten aus den verschiedenen Teilen des Reichs seit vielen Monaten zum ersten Male wieder als befriedigend bezeichnet. Die bereits im Vormonate gemeldete Besserung hat im Januar mit dem Steigen der Rohstoffpreise angehalten; Mangel an Arbeitskräften wird aus Süddeutschland gemeldet.

Die sächsische Wagnerspinnerei hatte wie im Vormonate gut und besser als im Vorjahre zu tun; an weiblichen Arbeitskräften war noch immer nicht genügendes Angebot vorhanden.

In der Baumwoll-, Weiß- und Duntweberei war nach einem Berichte des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikanten von Chemnitz und Umgegend die Beschäftigung wie im Vormonate und im Vorjahre gut; auch aus Schlesien wird eine leichte Besserung der Geschäftslage gemeldet infolge der regen Nachfrage, doch sind die Preise noch immer unzureichend. Andere Berichte aus Westdeutschland sprechen sich wesentlich ungünstiger aus.

Die schlesische Wollwarenfabrikation zeigte nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller gegenüber dem Vormonate keine Veränderung; in Fantasiesteifen war die Beschäftigung befriedigend.

In wollenen Damenkleidstoffen war das Geschäft nach Mitteilung des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien ziemlich lebhaft und besser als in den Vormonaten, da in den Wintermonaten der Bedarf zu steigen pflegt.

Die Kammgarnspinnereien zeigen gegenüber dem Vormonate, in dem sie im allgemeinen nur mangelhaft beschäftigt waren, keine Veränderung.

Die Lage der Tuchindustrie wird wieder überwiegend als recht schlecht bezeichnet, nur zwei Berichte aus Kottbus und Spremberg sprechen sich etwas günstiger aus.

In der schlesischen Leinenfabrikation wies das Garnwarengeschäft, namentlich in der zweiten Hälfte des Berichtsmonats, eine wesentliche Besserung auf; die Preise entsprachen indes immer noch nicht den wesentlich gestiegenen des Rohmaterials.

In der Krefelder Samtindustrie war der Geschäftsgang wie im Vormonate schwach, und auch in Samtband war die Beschäftigung nicht besser; dagegen war sie in Seidenstoffen gut und besser als im Vormonate und im Vorjahre.

In wollenen und baumwollenen Strickgarnen war die Beschäftigung anfangs wenig rege und wurde erst bei Eintritt kälterer Witterung besser.

Die Strickwarenfabrikation war nach der Mehrzahl der Berichte gut beschäftigt, besonders in Winterportjachen brachte der Januar einen recht lebhaften Absatz. Auch in Shawls und Tüchern war der Geschäftsgang infolge der starken Kälte und von Aufträgen aus Nordamerika recht lebhaft.

Die Sticker- und Spitzenindustrie war nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Sticker- und Spitzenindustrie wie in den Vormonaten gut beschäftigt.

Die Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken hatten wie in den Vormonaten gut zu tun; aus Schlesien und den Rheinländern wird Mangel an weiblichen Arbeitskräften gemeldet.

Die Kappspinnereien waren nach Mitteilungen des Verbandes deutscher Kappspinner wie im Vorjahre gut beschäftigt, gegen den Vormonate ist eine Besserung zu verzeichnen.

Die Stoppwarenerien waren nach einem Berichte des Syndikats elbschiffender Statandrucker ungenügend beschäftigt; infolge des unbefriedigenden Wintergeschäftes ist gegenüber dem Vormonate eine Verschlechterung eingetreten.

Die Tuchhüttenfabriken waren wie im Vormonate gut und besser als im Vorjahre beschäftigt, an Arbeitskräften war im Westen Mangel. Die übrigen Färbereien und Webereien waren zumeist befriedigend mit Aufträgen versehen.

In leinwandenen Geweben und Treßen war die Beschäftigung nur mäßig, da die Nachfrage nach Modestücken sehr nachgelassen hat.

Aus der Textilindustrie berichten 455 Betriebsstrahlenklassen mit 94902 männlichen und 109746 weiblichen

Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Januar ergab sich am 1. Februar eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke (+ 524 männliche, + 1332 weibliche).

Aus der Gera-Gröizer Textilindustrie.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Die allgemeine Geschäftslage hat sich im Jahre 1912 wesentlich besser und flotter gestaltet, als sie in den letzten Monaten des vergangenen Jahres war. Namentlich war in Sommergeweben der Eingang von Orders bis in die vergangene Woche ein sehr reger. Jacquards bleiben, abgesehen von einigen kleinsten Phantasiegeweben, noch immer vernachlässigt. Der Unigeschmack in glatten gestreiften Genres herrscht noch vor. Seidengewebe mit Wolle vermischt, Mohairs, sowie feine Beigegewebe und Vigoreuxgenres brachten gute Orders ein. Wolle-gewebe aller Arten, Grenadin-, Depelin-, Croise- und Satin-gewebe mit Streifen-effekten, namentlich auch für Blusen-zwecke, fanden Anklang bei der in- und ausländischen Kundschaft.“

Auslands-geschäft

läßt vielfach zu wünschen übrig, und zwar liegt dasjenige mit Nordamerika noch sehr flau. Mit südamerikanischen Staaten und mit Kanada hat sich das Geschäft lebhafter gestaltet. Einige Firmen haben auch nach Ostasien in glatten, dort gebräuchlichen Genres wieder mehr Aufträge erhalten. Das Geschäft nach den Orientländern leidet durch den türkisch-italienischen Krieg erheblich. Mehrere Firmen der Branche haben bei dem Zusammenbruch orientalischer Firmen Verluste in Beträgen bis 20000 M. erlitten.

Gegenwärtig sind die Webereien mit der

Neumusterung für nächsten Winter

lebhaft beschäftigt. Alle Genres in Wintergeweben für Damenstoffe werden neubemustert. Stark werden wieder Kostümkstoffe bemustert. Obwohl in Plausch-artikeln der Bedarf nachgelassen hat, wird doch darin stark gemustert. Ob dieses Bestreben für unsere Branche ausreicht, läßt sich noch nicht absehen. Auch in Nordürangewebe wird die Musterung fortgesetzt. Weiter werden Stoffe mit Schleifen und Spiralgarnen in freierartigen Variationen, sowie Stoffe mit Kamelhaargarnen bemustert. Hinzu kommen Verjuche in Homespun-, Zibeline-, Diagonal-, Foulé-, Crêpon-, Wollme-, Satin- und Boulegeweben. Ebenso wird wieder in Melangen- und Cheviot-, in Changeantgeweben sowie in Genres mit angewebtem Futter und Rippen-effekten gemustert. In Kostümkstoffen kommen noch besonders tüchtige und gewalkte Gewebe, zum Teil mit Streifen und schürrenartigen Einfassungen, zur Vorlage. Sogenannte bunte Durchzüge spielen bei der Neumusterung eine Hauptrolle.

In

Heren-stoffen

herrschen bunte, in der Wolle gefärbte Artikel in der Neumusterung noch vor. Cheviot-artikel erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Die Nouveautés in Heren-stoffen sind durchschnittlich in unauffälliger Streifen-Definierung gehalten. Karos sind nur in ganz dezenter Ausführung in den neuen Kollektionen vertreten. Graue und braune Farbtöne und solche mit bläulich-grünlichen Schattierungen bilden die Grundlage für die Musterung. Glatte Kammgarn- und Cheviotmelangen kommen besser zur Geltung und auch in einfarbigen Kammgarn- und Cheviotherenstoffen scheint für nächsten Winter in blauen, schwarzen und braunen Genres größerer Bedarf in Aussicht zu stehen.

Das deutsche Tuchgroß-gewerbe und die amerikanischen Woll-zölle.

Seitdem Präsident Taft selbst die letzteren als zu hoch bezeichnet hat, tragen sich viele deutsche Verarbeiter von Wolle und Ausfuhrhändler mit der Hoffnung, es werde gelingen, die früher so blühende Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nach den Vereinigten Staaten von Amerika nun wieder in Schwung zu bringen, und die Aktien der entsprechenden Webstoff-fabriken haben daraufhin auch schon eine Besserung ihres Wertes erfahren. Man wird aber gut daran tun, die Erwartungen nicht allzu hoch zu spannen.

Nach den bisherigen Verhandlungen im Tarif-Ausschuß des Repräsentantenhauses zu Washington dürfte es allerdings einem Zweifel nicht mehr unterliegen, daß die Forderungen des Abchnittes A des Payne-Albri-ck-Tarifs Ermäßigung erfahren werden, und daß dann die Gelegenheit, deutsche Wolltuche in den Vereinigten Staaten abzugeben, sich wieder besser wird; aber der frühere Umfang dieses Abzuges wird trotzdem nicht wieder erreicht werden.

Zunächst ist noch gar nicht abzusehen, wie lange es noch dauern wird, bis die Abänderung des in Rede stehenden Abschnittes A des Zolltarifs Tatsache sein wird. Hatte man früher geglaubt, diesen Zeitpunkt in den Monat Juli d. J. legen zu dürfen, so erscheint es heute schon fraglich, ob die neue Gesetzgebung überhaupt noch im Jahre 1912 fertiggestellt werden kann. Sodann bleibt zu bedenken, daß es nicht bloß die hohen Einfuhrzölle gewesen sind, welche während der letzten Jahre die Einfuhr deutscher Wolltuche nach den Vereinigten Staaten so sehr beeinträchtigt haben, sondern auch die Handhabung der Zollgesetz durch die Zollbehörden im Interesse des amerikanischen Gewerbes, die Belästigung der Einfuhrhändler durch die Zollbeamten und die dadurch bewirkte Erhöhung der Einfuhr. Daß in allen diesen Dingen bald Veränderung eintreten werde, ist aber ganz und gar nicht zu hoffen.

Nicht geringen Einfluß zumgunsten des europäischen Webstoff-Groß-gewerbes übt aber auch der Umstand aus, daß das entsprechende Gewerbe der Vereinigten Staaten selbst mit Hilfe von europäischen Maschinen und Arbeitern einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, und die von ihm hergestellte Ware an Menge und Schönheit hinter der eingeführten nun nicht mehr zurückbleibt. Aus Deutschland können bloß noch Besonderheiten zur Einfuhr gelangen, z. B. Damentuche und feine, schwarze Stoffe, welche die Amerikaner noch nicht liefern, weil sie sich nur mit solchen Artikeln abgeben wollen, welche sich schnell und in gewaltigen Mengen verkaufen lassen, und auf deren Herstellung nicht viel Zeit und Sorgfalt zu verwenden ist — Massenware!

Indessen auch der Absatz der den deutschen Warenherstellern noch nicht entstrichenen Artikel in den Vereinigten Staaten stößt dort insofern auf Schwierigkeiten, als ihnen aus ihren eigenen Reihen heraus Wettbewerb erwachsen ist. Deutsche haben eben in den Vereinigten Staaten selbst Fabriken errichtet, welche Wolltuche nach deutscher Art erzeugen, so namentlich zwei in Passaic (N. J.). Freilich können diese die Ware nicht so billig herstellen, wie in Deutschland, schon wegen der hohen Arbeiterlöhne und der Verteuerung der zu verarbeitenden Rohstoffe durch hohe Einfuhrzölle.

Zimmerhin würde aber die Ermäßigung der Sätze des amerikanischen Zolltarifs den deutschen Herstellern von Wollwaren und Tuchen den Absatz nach den Vereinigten Staaten von Amerika wieder etwas erleichtern, wenn auch der Umsatz früherer Jahre wohl nie wieder erreicht werden können.

Die Aus-sichten im Textil-gewerbe

werden in der letzten Nummer der Calwerischen „Konjunktur“ also geschildert: „Im Monat Februar haben die meisten Aktiengesellschaften des Textilgewerbes ihre General-versammlungen abgehalten. Die Geschäftsergebnisse für das Jahr 1911, die bei dieser Gelegenheit den Aktionären bekannt gegeben wurden, zeigen besonders in der Baumwollindustrie und zum Teil auch im Seidengewerbe eine erhebliche Verschlechterung. Der Verlauf der Konjunktur im Textilgewerbe stand in den letzten drei Jahren im Gegensatz zur allgemeinen Lage des Wirtschaftslebens. Die große Abhängigkeit der Textilindustrie vom Rohstoffmarkt hat zur Folge gehabt, daß die meisten Zweige des Textilgewerbes die Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nicht ausnützen konnten. Seit dem Sommer 1911 sind die Preise am Baumwollmarkt wieder auf ein erträgliches Niveau gesunken. Die Vorbedingung für eine Belebung des Geschäftsganges ist damit gegeben. In den verschiedenen Zentren des Textilgewerbes hat sich in den letzten Monaten auch schon eine ganz erhebliche Besserung bemerkbar gemacht. Die Berichte der Aktiengesellschaften äußern sich über die Aussichten im Jahre 1912 zum großen Teil noch recht vorsichtig. Man rechnet zwar allgemein damit, daß die begonnene Besserung noch weitere Fortschritte machen wird, man weiß aber auch, daß durch allerlei Zufälligkeiten und von außen her kommende Einflüsse der Verlauf der Konjunktur im Textilgewerbe wesentlich gestört werden kann. Vor allem besteht angehts der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel die Befürchtung, daß weite Schichten der Bevölkerung gezwungen werden, den Ausfall, der durch die Steigerung des Nahrungsmittelaufwandes entsteht, durch Einschränkung der Ausgaben für Bekleidung wieder auszugleichen. Mit einem Aufhören der allgemeinen Verteuerung ist vorläufig noch nicht zu rechnen; es ist vielmehr zu erwarten, daß sie durch das Anziehen der Fleischpreise noch verschärft wird. Bis zu einem gewissen Grade wird allerdings ein Ausgleich dadurch geschaffen, daß im Jahre 1912 die auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens kräftig ansteigende Konjunktur auch die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung und der mittleren Schichten merklich erhöhen wird. Andererseits erfahren die Produktionskosten im Textilgewerbe wie in den übrigen Industriezweigen eine beträchtliche Steigerung durch die Erhöhung der Kohlenpreise. Die Besserung der Lage am Baumwollmarkt usw. hat bereits seit einigen Monaten eine Zunahme der Rohstoffversorgung zur Folge gehabt. Der Teil der Einfuhr von Rohmaterialien, der nach Abzug des Exportes für die Versorgung der deutschen Textilindustrie in Betracht kommt, betrug nämlich im Januar 1911 und 1912 in Doppelzentnern:

	1911	1912	Zu resp. Abn.
Baumwolle	526 752	557 071	+ 30 319
Wolle	187 824	210 452	+ 22 628
Seide	5 365	6 111	+ 746
Jute	227 978	150 985	- 76 993
Flachs	78 243	86 464	+ 8 221
Hanf, Jute, Romie u.	95 791	74 744	- 21 047

Die gesamte Rohstoffversorgung ist von 1 121 953 Doppelzentner im Januar 1911 auf 1 085 827 Doppelzentner im entsprechenden Monat 1912 zurückgegangen. Diese Verminderung erklärt sich lediglich aus der starken Abschwächung des Jute-, Hanf- usw. Imports. Die Rohstoffversorgung der Baumwoll-, Woll-, Seiden- und Leinenindustrie hat kräftig zugenommen.

Frankreichs Baumwoll-industrie 1910.

Frankreichs Außenhandel in Rohbaumwolle stellt sich 1910 gegenüber den beiden Vorjahren wie folgt:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1910	255 449 t	39 134 t
1909	318 689 t	61 710 t
1908	280 625 t	48 793 t

Es blieben also 1910 der französischen Industrie zur Verfügung 166 315 t gegen 256 979 t und 241 932 t in den beiden Vorjahren.

Die Preise für Rohbaumwolle waren infolge von Mizeranten in den Vereinigten Staaten ausnahmsweise hoch und unterlagen zudem vielen Schwankungen. Sie stiegen für 50 kg fully middling Golts zu Beginn des Jahres auf 100 Fr., fielen Ende Januar auf 91,75 Fr., stiegen um die Mitte des Jahres auf etwa 102,50 Fr., sanken im September auf 94 Fr., stiegen im Oktober auf 105 Fr. und standen zu Ende des Jahres auf 99,25 Fr.

Wegen Knappheit ihres Betriebsmaterials nahmen die französischen Baumwollspinnereien Betriebsbeschränkungen vor. Daraus erklärt sich der bedeutende Rückgang in der Einfuhr von Rohbaumwolle nach Frankreich. Gleichwohl gelang es nicht, einigermaßen niedrigere Baumwollpreise durchzusetzen. Die Spannung zwischen den jeweiligen Preisen für Rohbaumwolle und für Garne war nur gering, so daß die Spinnereien kaum ihre Herstellungskosten decken konnten. Unter der gleichen Lage litten auch die Webereien, denn die Garnpreise stiegen verhältnismäßig höher als die Gewebepreise.

Die Ausfuhr von Baumwollengarnen stellte sich 1910 dem Werte nach auf 13 608 000 Fr. gegen 10 000 000 und 9 701 000 Fr. in den beiden Vorjahren. Der Wert der ausgeführten baumwollenen Gewebe belief sich auf 314 346 000 Fr. gegen 331 976 000 und 281 119 000 Fr. in den Jahren 1909 und 1908.

Die Erzeugung von Rohbaumwolle in den französischen Kolonien hat im Jahre 1910 merkliche Fortschritte gemacht. Sie ist gegen das Vorjahr um 120 000 kg auf 352 413 kg gestiegen. In den einzelnen Kolonien wurden geerntet: Algerien 150 000 kg (1909: 45 000 kg), Dahomey 122 000 kg (136 322 kg), Ober-Senegal-Niger 43 000 kg (35 000 kg), Senegal 12 000 kg (6000 kg), Madagaskar 786 kg (2865 kg), Kongo 570 kg (—), Elfenbeinküste 170 kg (—), Neu-Kaledonien 15 000 kg (5000 kg), Guadeloupe 1966 kg (6918 kg), in den übrigen Kolonien 7000 kg (1622 kg).

Etwa ein Drittel der in den Kolonien erzeugten Baumwolle gelangt über Havre zur Einfuhr.

Lebens wenigstens vor der allergrößten Not bewahrt. Nicht weniger als neun verschiedene Unterstützungsvereine beistehen unter christlicher Textilarbeiterverband, und davon ist wohl umfänglich eine der modernsten und auch segensreichsten die Arbeitslosen-Unterstützung. In jeder Woche zahlt unser Verband tausende Mark an unverdient arbeitlos gewordene Mitglieder. Auch in unserer Ortsgruppe ist schon manches Mitglied durch die Arbeitslosen-Unterstützung über eine schwere Zeit hinweggeholfen worden. Der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisationen mit ihren Unterstützungsvereinen tritt besonders gegenwärtig wieder recht überzeugend in die Erscheinung. Drei Bamberger Betriebe gingen in den letzten Wochen infolge des flauen Geschäftsganges vollständig ein, und wie es allgemein heißt, sollen sogar noch einige weitere Fabriken hier gezwungen sein, in nächster Zeit ihre Tore zu schließen, weil sie infolge Mangels an Aufträgen und allgemeiner ungünstiger Geschäftslage nicht mehr existieren können. Von unseren christlichen und auch von den „freien“ Gewerkschaften wurden sofort an den Bamberger Stadtmagistrat Petitionen um Vornahme von Notstandsarbeiten gerichtet. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die nun gezwungen sind, unfreiwillig zu feiern, erhalten von ihrer Organisation die sachgemäß festgelegte Arbeitslosen-Unterstützung und sind dadurch vor der größten Not geschützt, während dagegen die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn sie nicht gleich anderweitig Arbeitsgelegenheit finden, was in anbetraucht der ungünstigen Konjunktur recht schwer hält, in die aller schlimmste Lage geraten und schließlich sogar auf die Gnade der Armenverwaltung angewiesen sind.

Und da soll die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter keinen Wert haben? Unsere Mitglieder werden jetzt mehr wie je die noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen über den Wert und die Bedeutung der Arbeiterberufsorganisation aufklären müssen und dieses umso mehr, als die allermeisten Unorganisierten nicht aus Bosheit, sondern nur aus völliger Unkenntnis über die Notwendigkeit und den Nutzen der Gewerkschaften diesen nicht beitreten.

Wochholt. Eine gemeinsame Konferenz der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine fand am 1. März im Arbeitervereinshaus St. Paulus statt. Die Vorstände, Vertrauensleute und Senioren der genannten Korporationen waren fast vollständig vertreten. Auch die Präsidien der katholischen und des evangelischen Arbeitervereins waren erschienen. Unser Bezirksleiter, Kollege Otte, hielt einen Vortrag über die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens und der gegenseitigen Förderung der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Vereine. Ausgehend von den verschiedenen Vorkommnissen in letzter Zeit, betonte Redner besonders die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Schulung, streifte dann kurz die Aufgabengebiete der konfessionellen Vereine und der christlichen Gewerkschaften und erwähnte, daß es mit der Zugehörigkeit zu einer Korporation nicht genug sei. Hier und da wurden Stimmen laut, welche von dem Gedanken ausgingen, mit der Zugehörigkeit der Arbeiter zu den konfessionellen Vereinen sei es genug und sei speziell die Arbeitererschaft dann auch genügend gegen die Sozialdemokratie geschützt, dies sei ein Irrtum. Notwendig sei, daß konfessionelle Vereine und christliche Gewerkschaften gemeinsam an der Fehlung des Standes arbeiteten. Redner betonte weiter das gute Verhältnis zwischen Arbeitervereinen und Gewerkschaften am Orte, bewies aber an Hand der gegenseitig ausgetauschten Listen, daß noch viele Arbeitervereinsmitglieder den christlichen Gewerkschaften zugeführt werden könnten. Manche Schwierigkeiten seien da gewiß vorhanden, an deren Ueberwindung aber gemeinsam gearbeitet werden müsse. In erster Linie sei es notwendig, daß die Vorstände, Vertrauenspersonen und Senioren den Mitgliedern mit gutem Beispiele vorangingen. Es sei weiter in den konfessionellen Vereinen ganz besonders notwendig, Aufklärung zu schaffen über die Notwendigkeit und Ziele der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Auf den Familienabenden möge man auch den Frauen die Wichtigkeit der christlichen Gewerkschaften ans Herz legen. In der Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten. Auch die Präsidien der beiden katholischen Arbeitervereine sprachen sich für eine auf Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung gerichtete Arbeit aus, welches von unsern Mitgliedern dankbar begrüßt wurde. Im Schlußwort gab der Referent noch besondere Winke für die Weiterarbeit und schloß die Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Versammlung dazu beitragen möge, neue Begeisterung und regen Eifer für die gesamte Arbeiterbewegung am Orte wachzurufen. Der reiche Beifall, welcher allen Rednern gesendet wurde, läßt hoffen, daß die Versammelten gewillt waren, mit neuem Eifer und vereinten Kräften an die Arbeit zu gehen, um auch hier in Wochholt der ganzen Bewegung immer mehr Einfluß zu verschaffen.

Cornelminster. Aus dem Jahresbericht, den unser Kassierer auf der am 25. Februar abgehaltenen Generalversammlung bekannt machte, ergab sich, daß die Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe im Laufe des vergangenen Jahres um 6 gestiegen ist. Die Gesamteinnahmen betragen 1393,30 Mark. An die Zentrale abgeliefert 747,24 Mark. Bestand der Ortsgruppenkasse 328,24 Mark. An Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt 165,30 Mark, an Krankengeld 271,85 Mark. In den Vorstand wurden die Kollegen Peter Rings, Benwegen, Jakob Kohlen, Breinig, und Christl Brandenberg, Cornelminster, gewählt. Es stand dann ferner ein Antrag betreffend Lokalbeiträge zur Beratung. Nach einer längeren Debatte wurde dieser Antrag abgelehnt. Zur Stärkung der Zentralkasse lagen zwei Anträge vor, einer, der die Aufhebung bzw. eine gründliche Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung empfahl, und einer, der für Erhöhung des wöchentlichen Pflichtbeitrages um eine Stufe, jedoch unter Zugrundelegung der heutigen Unterstützungssätze, war. Der erste Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, der letztere mit sehr geringer Mehrheit abgelehnt. Die nächste Versammlung soll auf Wunsch mehrerer Kollegen in Breinig stattfinden.

Serolz. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung nach den letzten Reichstagswahlen und unsere nächsten Aufgaben, so lautete das Thema eines Vortrages in einer fast von allen Mitgliedern vollständig besuchten Mitgliederversammlung am 28. Februar. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden, berichtete unser Bezirksleiter Kollege Müller aus Bamberg zuerst über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Vertreter der Firma Schäfer. Der Bericht zeigte allen Versammelten wieder recht eindrucksvoll die Notwendigkeit und den Wert der gewerkschaftlichen Organisation. In recht klaren und interessanten Ausführungen schilderte der Referent dann die Bedeutung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, besonders nach dem Ausgange der letzten Reichstagswahlen und führte als unsere nächsten Aufgaben die agitatorische Kleinarbeit sowie die innere Stärkung und Kräftigung unseres christlichen Textilarbeiterverbandes an. Vor allen Dingen müsse diese

innere Stärkung des Verbandes schon in allernächster Zeit in der Weise erfolgen, daß alle Ortsgruppen unseres Verbandes freiwillig besondere Lokalbeiträge einführen, damit dadurch der Verband noch leistungsfähiger gemacht werde. Wenn es dem organisierten Scharfmachertum in Deutschland nicht gelingen sollte, die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiter durch sorgfältig vorbereitete Nischen-Aussperrungen zu Boden zu ringen, dann müßten beizutreten die Mitglieder der Arbeiterberufsverbände an den inneren Ausbau der Gewerkschaften und an die Stärkung der Verbandskasse denken. Der Vortragende teilte mit, daß er in der nächsten, schon bald stattfindenden Versammlung noch eingehender über die für unsern Verband so bedeutungsvollen gewordenen Neuerungen referieren werde und ersuchte die Versammelten dringend, zur nächsten Versammlung wieder recht zahlreich sich einzufinden. Nachdem noch unter Punkt Verschiedenes die Abhaltung einer besonderen Feier aus Anlaß des 1-jährigen Bestehens der Ortsgruppe angeregt worden war, wurde einstimmig beschlossen, das Stiftungsfest zwar in besonderer, aber doch nur einfacher und schlichter Weise zu feiern.

Konstanz, D. S. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 18. Februar statt. Kollege Paschka, welcher als Vorsitzender die Versammlung leitete, erstattete auch den Kassierenbericht pro viertem Quartal 1911. Kasse und Bücher waren vom Kollegen Jungnickel geprüft worden und gab letzterer auch noch einige Erläuterungen zum Bericht. Durch die regelmäßig eingehenden Lokalbeiträge haben sich die Einnahmen der Ortsgruppe wesentlich gehoben. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der ausscheidende Kollege Paschka als Vorsitzender wiedergewählt. Kollege Jungnickel hielt dann einen Vortrag über: „Die Haltung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, äußere Entwicklung und innere Kämpfe der letzten Zeit.“ Zuletzt kamen die gegenwärtigen Verhältnisse in der Flachindustrie zur Sprache. Da seit Ende Januar allwöchentlich ein Tag ausgefehlt werden muß, entsteht ein empfindlicher Lohnverlust, da andererseits die Fabrik für die Wartezeit keine Vergütung zahlt. Es wurde jedoch beschlossen, von einer Eingabe abzusehen.

Neustadt, D. S. Am 20. Februar fanden hier die Vertreterwahlen zur S. Fränkelschen Betriebskrankenkasse statt. Dank dem einmütigen Zusammenarbeiten der auf christlichem und nationalem Boden stehenden Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörigen war das Resultat ein recht erfreuliches. Die vom „Ausschuß für soziale Angelegenheiten“ im Einvernehmen mit dem evangelischen Arbeiterverein vorgeschlagenen Klassenmitglieder erhielten je 831 bis 815 Stimmen, während die sozialdemokratischen je 197 bis 209 Stimmen erhielten. Die „Volkswacht“, das Leitblatt der Neustädter „Genossen“ kommt nun in Nr. 49, gelegentlich einer Polemik gegen die „Neustädter Zeitung“, auch auf das Resultat der Wahl zu sprechen. Nach einer Anspielung auf die österliche Zeit (die doch mit der Krankenkassenwahl nichts gemein hat) schreibt sie zum Schluß:

„Ob aber die Rechte und Forderungen der Mitglieder an die Betriebskasse auch mit dem nötigen Nachdruck vertreten werden, wie das bisher geschehen ist, steht auf einem anderen Blatte.“

Damit hat die „Volkswacht“, wenn auch unbeabsichtigt, die nachdrückliche Vertretung der Rechte der Kassenmitglieder durch die verhassten Christlichen anerkannt. Denn in Generalversammlung und Vorstand der Betriebskrankenkasse der Firma S. Fränkels sitzen schon seit Jahren keine Genossen.

Ronsdorf, Generalversammlung. — Wer von den Gewerkschaftlern sähe nicht genauer hin, wenn er diese Ankündigung in seinem Fachorgan vor Augen sieht, und fast selbstverständlich ist es, daß er, trotz der Versammlungsmüdigkeit unserer Zeit, diese Generalversammlung unter allen Umständen besucht, um auch für seine Person einen Ueberblick über die Entwicklung und Tätigkeit seiner Ortsgruppe zu gewinnen. Der Vorstand hatte für die Generalversammlung den 19. Februar ausersehen, und, wie der Besuch zeigte, keinen Fehlgriff gemacht. Die Versammlung gedachte stehend ihres Verstorbenen Kollegen E. Müller, dem Mitbegründer der Ortsgruppe. Dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Kollegen Preis folgte die Versammlung mit merklichem Interesse. Für die Leitung waren im vergangenen Jahre 8 Vorstandssitzungen notwendig. 8 Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen sorgten für die richtige Führung innerhalb der Ortsgruppe und 10 Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung für entsprechende Aufklärung und Bildung der Mitglieder. Die Betriebsversammlungen, deren 36 stattfanden, haben agitatorisch gut gewirkt; in mancher wurde der Grund gelegt zu Verbesserungen, die in vieler Hinsicht der Belegschaft zugute kamen. Der Ausbau des Betriebsvertrauensmännersystems ist von außerordentlicher Wichtigkeit und kann, wie die Erfahrung lehrt, nicht mehr entbehrt werden. Im Februar tagte die Bandwirterkonferenz in Ronsdorf. Die von 15 Delegierten besuchte Konferenz befaßte sich ausschließlich mit dem neu zu regelnden Seidenbandwirtertarif. Sodann ist zu vermerken, daß im Oktober zum erstenmal unsere Bezirkskonferenz in Ronsdorf tagte. Da Hausagitationen hier nicht notwendig sind, beteiligten sich die Kommissionsmitglieder an die Hausagitationen in Dahlhausen, Wenzenburg, Güdesmagen und Elberfeld. Von den 118 Mitgliedern der Gruppe entrichteten 85 einen höheren Beitrag als den Pflichtbeitrag. Die Gesamteinnahmen betragen 2876,90 M., demgegenüber betragen die Ausgaben allein für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung 1170,25 M. Diese enorm hohen Ausgaben führten die Mitglieder zu der Erkenntnis, daß die Einführung von Lokalbeiträgen absolut notwendig sei. Die Durchführung von wöchentlich 5 Pf. Lokalbeitrag ging daher glatt von Ratten und ist kein Mitglied sagnenflüchtig geworden. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt der aufklärenden Tätigkeit unserer Vertrauensmänner zu verdanken. Zur Verhütung der Fluktuation unter den Mitgliedern ist eine Kommission gebildet worden, die allerdings noch einer besonderen Stärkung bedarf; kann doch die Tätigkeit des Vorsitzenden, der allein im Berichtsjahre für unsern Verband 108 Versammlungen und Sitzungen besuchte, nicht gesteigert werden und so muß es fürderhin heißen: „Freiwillige vor!“ Im ganzen und großen ist innerhalb unserer Ortsgruppe reges und tätiges Leben zu vermerken, wie auch das gute Verhältnis zwischen Mitgliedern und Beamten auf die stetige Entwicklung den allerbesten Einfluß ausübt. Zum Schluß seines Berichtes dankte der Redner allen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern sowie dem anwesenden Bezirksleiter Fahrbrach.

Nach dem Tätigkeitsbericht gab Bezirksleiter Fahrbrach noch einige Anregungen und Winke, empfahl dringend die Agitation unter den Arbeiterinnen, die mehr und mehr eine scharfe Konkurrenz der Kollegen bildeten und diese von der Arbeitertreue verdrängten, zum Vorteil der Unternehmer. Ebenfalls ist die zunehmende gelbe Gefahr nicht aus den Augen zu verlieren. Wir müssen auf der Hut sein und durch

Aus dem Verbandsgebiete.

Achtung, Vorstandsmitglieder!

Zur Jugendagitation.

Zur Agitation unter der Jugend stehen den Ortsgruppen gute und gediegene

Jugend-Flugblätter

zur Verfügung. Die Vorstände werden gebeten, die Zahl der gewünschten Exemplare umgehend der Zentralkasse in Düsseldorf mitzuteilen. Die Versendung erfolgt alsdann mit den Verbandsendungen.

Die Vorstandsmitglieder werden dringend ersucht, von diesen Flugblättern Gebrauch zu machen. Sie werden in der Werbearbeit für die Jugend sehr gute Dienste tun.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentralvorstand:
J. A.: Siftenich.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. „Der Verband hat keinen Wert!“ Dieses Urteil wird leider noch viel zu oft von noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen über unsere christliche Textilarbeiterorganisation gefällt. Aber mit Unrecht. Unser Verband hat z. B. hier am Orte selbst in Zeiten eines überaus schlechten Geschäftsganges, wenn auch nicht sehr große, so doch immerhin noch bemerkenswerte materielle Erfolge für die Arbeiterschaft erringen können. Es sei hier zunächst nur daran erinnert, daß beispielsweise in der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg-Gaustadt im vergangenen Jahre kleine Lohnaufbesserungen gewährt wurden, die allerdings für einen Teil der Arbeiterschaft nur eine fünf- bis achtprozentige Verbesserung des Einkommens bedeuten, aber unter Berücksichtigung der ungünstigen Konjunktur doch wieder eine für die Arbeiter gut mitgenommene Erhöhung ihrer Löhne darstellen. Das Jahr 1911 soll ja, wie kürzlich in dem Berichte an die Tageszeitungen über eine Sitzung des Aufsichtsrates der Spinnerei und Weberei zu lesen war, der Firma das schlechteste Gewinnergebnis der 40 letzten Geschäftsjahre gebracht haben. Aber auch jeder aufmerksame Beobachter von Vorgängen auf wirtschaftlichem Gebiete wird mit uns die Wahrnehmung gemacht haben, daß die Zeiten schon längst vorbei sind, wo die organisierten Arbeiter, und zwar nicht nur allein in Bamberg, selbst in Zeiten eines guten Geschäftsganges mit einem einzigen Schläge eine vollständig genügende Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse durchführen konnten, wenn es überhaupt jemals und irgendwo gelungen ist, allen berechtigten Forderungen der Arbeiter bei einem Unternehmer auf einmal zur Anerkennung und zur Erfüllung zu verhelfen. Eine Aufbesserung der noch immer unzureichenden Löhne wird überall, ganz besonders aber auch in den Betrieben der schlecht lohnenden Bamberger Textilarindustrie, nur nach und nach erfolgen und zwar deswegen, weil auch die Textilarindustrie, was von uns nicht verkannt werden darf, sehr oft mit nicht geringen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, und dann auch nicht zuletzt aus dem andern Grunde, weil den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft in bezug auf Erhöhung ihrer Löhne wegen des abwartenden Verhaltens vieler Unorganisierter nicht ein entsprechend notwendiger Nachdruck gegeben werden kann. Es verdient aber auch von der gesamten Arbeiterschaft die Tatsache Beachtung, daß schon seit Jahren das organisierte Unternehmertum hin und wieder einmal minimale Lohnaufbesserungen gewährte, nur um zu verhindern, daß die Arbeiter bei einer Lohnbewegung nicht in größerer Anzahl sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen sollten. Aber darum sind doch alle diese bis jetzt erfolgten kleinen Lohnerhöhungen auf das Konto der Wirksamkeit der Arbeiterberufsverbände zu setzen, denn die allermeisten Lohnerhöhungen wären wohl unzweifelhaft nicht erfolgt dann, wenn nicht die gewerkschaftlichen Organisationen die berechtigten Forderungen der Arbeiter sowohl vor dem Unternehmer wie auch vor der breitesten Öffentlichkeit begründet und vertreten hätten.

Die Gewerkschaft nutzt aber der Arbeiterschaft nicht nur allein darum sehr viel, weil sie durch ihre Wirksamkeit allmählich die Arbeitslöhne erhöht, sondern auch mit dadurch, daß sie die Arbeiter in den verschiedensten Wechselfällen des

gemeinsame Arbeit die gemeinsame Gefahr beseitigen helfen. Der Schluß der Ausführungen war ein herzlicher Dank an alle Mitarbeiter sowie ein Appell an alle zur männlichen Energie und Ausdauer. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Vorsitzenden Preis und der Kollegen Bid und Gerber. Neugewählt wurde der Kollege Max Mähler. Die Generalversammlung wurde mit einem kurzen Schlußwort geschlossen. Erwähnt sei noch zur Kenntnisnahme, daß der Kollege Scholl mit dem 1. April den VIII. Bezirk übernimmt.

Zittau. Heimarbeit in Königshain bei Zittau. Zu denjenigen Betrieben, auf die das Hausarbeitsgesetz Anwendung findet, gehören diejenigen nicht, in welchen jemand ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, auch solche nicht, in denen eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeiten verrichten, ohne von einem, den Werkbetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein. Auch solche Werkstätten sind ausgeschlossen, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Bestellers oder seine Angehörigen gearbeitet wird. Rechnet man trotzdem die selbständigen Betriebe zur Heimarbeit, so werden in Königshain nur vier- und vierzig Heimarbeiter gezählt, nämlich 12 Männer und 32 Frauen. Unter den Frauen sind neun Witwen, 15 Ehefrauen und 8 Ledige. 40 Heimarbeiter sind katholisch, vier evangelisch. Die Beschäftigung der Heimarbeiter bildet durchweg die Textilarbeit. 1 Person spult, 7 treiben, 1 schert, 18 sind Handweber, 11 säumen Habern, 3 stricken Strümpfe, 2 machen Blumen, 1 macht Körbe. In der Blumenmacherei fertigt die eine Person Kranzblumen aus Papier, die andere Hutblumen aus Textilstoffen an. Pantoffelmacherei wird nicht mehr betrieben. Von den 18 Handwebern wirken der Faser nach sechs Personen Gute (ostindische Brennnessel), 12 Personen wirken Baumwolle. Die Handweberin ist im Aussterben begriffen. Die jüngste Handweberin ist 37 Jahre, der jüngste Handweber 49 Jahre alt. Von diesen 18 Handwebern sind 14 bereits Invalidenrentner geworden.

Königshain ist ein Invalidenrentnerdorf. Ueber 10 Prozent der Einwohner genießen Rente. Von den Heimarbeitern sind es die Hälfte, die Rente beziehen. Der Betriebsform nach ist alles Handbetrieb. Für das Säumen sind besonders starke Nähmaschinen im Gebrauch. Der Anschaffungspreis einer solchen Maschine beträgt über 100 Mark. Es sind sämtlich Ehefrauen, die Habern säumen; ihre Kinder sind zur Arbeit mit herangezogen. Für das Strümpfstricken sind drei Strickmaschinen vorhanden, für gewalkte und ungewalkte Strümpfe; eine Frau strickt noch Strümpfe mit der Hand. Handwebstühle besitzen sämtliche Handweber, bessere Handwebstühle (sogen. Regulatoren) sind nicht im Gebrauch; neue Handwebstühle werden nicht mehr angefertigt. Das Scheren ist Handbetrieb mit Scherrahmen und Scherlatte; für das Spülen und Treiben werden Räder mit Handbetrieb verwendet. Alle andere Beschäftigung ist reine Muskelarbeit.

Ein Anlernen der Heimarbeit erfolgt in der Handweberlei im Strümpfstricken, in der Blumenfabrikation und im Korbmachen.

Die Steuerkraft der Heimarbeiter ist gering. Die Ehefrauen, die sich mit Habersäumen beschäftigen, sind sämtlich von der sächsischen Staatseinkommensteuer frei. Ihr Einkommen liegt also unter 400 Mark. In der Handweberlei ist die eine Hälfte steuerfrei, die andere Hälfte bewegt sich mit einer Ausnahme bis 460 Mark Jahreseinkommen. Das Treiben, Spulen, Scheren, Stricken usw. bringt den Arbeitern wenig, dem Steuerfiskus gar nichts ein. Einzelne Lohnangaben sollen dieses nachweisen. Beim Spulen erhält Fräulein K. für 10 Schneller 4 Pfg.; der Tagesverdienst beträgt 20 Pfg. Beim Treiben verdient der Mann K. täglich 20 Pfg. Beim Wirken erhält der Arbeiter K. für 144 Läden, 3/4 Ellen lang und breit, 7,50 M., macht den Tag 20 Pfg. Die Weberin Z. erstreift sich einen Tagesverdienst von 40 Pfg.

Die Mehrzahl der Heimarbeiter ist unselbständig. Ihrer sechs werden von der Julefabrik Heimrich in Ostritz beschäftigt. Die Habern, die von den 11 Frauen gesäunt werden, liefert die mechanische Weberei in Altstadt bei Ostritz als Rohmaterial an die Krupp'schen Werke in Ostritz. Diese sonst treibt und webt, tut es für kleine Unternehmer in den Nachbarorten. Nur zwei Schnittwarengeschäfte am Ort beschäftigen drei Handweberinnen. Kaufmann Klement in Seitendorf beschäftigt eine Strickerin.

Selbständig sind zwei Strickerinnen, die beiden Blumenmacher und zwei Handweber.

Alle Heimarbeit ist Hauptbeschäftigung, nur die Fabrikation von Stoffblumen ist Winterbeschäftigung eines Bauarbeiters. Die Frauen in der Heimarbeit haben nebenbei ihre häusliche Wirtschaft zu besorgen.

Sämtliche Heimarbeiter sind bis auf den eben erwähnten Bauarbeiter unorganisiert.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Aus den Berichten der Berufsgenossenschaften. Die Anzahl der neuen Unfälle, für welche im Jahre 1910 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, belief sich auf 132064. Hiervon hatten 8857 den Tod und 1072 eine mitmännlich dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit der Verletzten zur Folge. An 18651 Hinterbliebene Gebieter wurde im Rechnungsjahr zum erstenmal eine Rente gezahlt. Dazwischen befanden sich 5956 Witwen (Witwer), 12416 Kinder (Enkel) und 279 Verwandte der aufsteigenden Linie. Die Anzahl sämtlicher zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt 672961.

Für die Beurteilung der Unfallhäufigkeit sind die Zahlen der entschädigten Unfälle allein brauchbar. Die Zahl dieser Fälle, für welche im Jahre 1910 zum erstenmal eine Entschädigung gezahlt worden ist, stellt sich, wie schon hervorgehoben, auf 132064 gegen 139070 im Vorjahre. An dieser Abnahme sind hauptsächlich die landwirtschaftlichen, weniger die gewerblichen Berufsgenossenschaften beteiligt. Bei den Anführungsbehörden und Versicherungsanstalten ist ebenfalls eine Abnahme zu verzeichnen.

Die Summe der der Beitragsberechnung zugrunde gelegten Löhne, die sich, was besonders bemerkt wird, mit den wirklich verdienten Löhnen nicht deckt, stellt sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 918449056 M. bei durchschnittlich 9381878 ver-

schätzten Personen oder 8291936 Vollarbeitern oder stark 1000 M. pro Vollarbeiter.

Bei einem Vergleich über die Unfallhäufigkeit in den einzelnen Berufsgenossenschaften scheidet die des Tabakgewerbes am günstigsten ab, indem hier „nur“ auf 1000 Vollarbeiter 0,60 Unfälle kamen, dann kommt die Berufsgenossenschaft des Bekleidungs-gewerbes mit 1,93, und an dritter Stelle steht die Textilindustrie mit 2,75 Unfälle auf 1000 Vollarbeiter. Alle anderen Berufsgenossenschaften weisen höhere, zum Teil recht erhebliche Zahlen auf. Am ungünstigsten steht die Fuhrwerksberufsgenossenschaft da mit 19,38 Unfälle auf 1000 Vollarbeiter, der Bergbau mit 14,67 folgt dem Fuhrwerks-gewerbe.

Als Gesamtausgabe werden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften (nach Abzug der von den Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft erstatteten Pauschbeiträge) 162164056,— M. (gegen 147362066,77 M. im Vorjahre), und von den landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften 42319595,67 M. (gegen 40436477,13 M. im Vorjahre), zusammen 204473651,67 M. nachgewiesen.

Hieraus entfallen auf Entschädigungen, einschließlich der Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit, 149076577,72 M.

Die Gesamtsumme der Entschädigungen nahm folgende Entwicklung:

1886	1915366 M.
1890	20315319 "
1895	50125782 "
1900	86649946 "
1905	135437932 "
1910	163326820 "

Rechnet man zu dem Betrage 163326820 M., der im Jahre 1910 geleistet wurde, noch die als Kosten der Fürsorge innerhalb der gesetzlichen Wartezeit gezahlten 1098607 M., so entfallen auf jeden Tag im Jahre 1910 rund 450500 M., welche den Verletzten oder ihren Hinterbliebenen zugute gekommen sind.

Als Verwaltungskosten, einschließlich der sonstigen Ausgaben, werden für die Berufs-genossenschaften insgesamt 17332805,35 M. nachgewiesen.

Die laufenden Verwaltungskosten betragen bei den gewerblichen Berufs-genossenschaften 11639675,68 Mark (gegen 11084143,07 M. im Vorjahre), bei den landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften 4026371,82 M. (gegen 3892904,29 M. im Vorjahre).

Die Höhe der laufenden Verwaltungskosten ist bei den einzelnen Berufs-genossenschaften sehr verschieden; sie hängt ab von der Zahl der versicherungspflichtigen Personen, der Zahl, Art und Lage der Betriebe, der größeren oder geringeren Unfallgefahr usw. Zu Vergleichen über die Ungemeinheit dieser Aufwendungen der Berufs-genossenschaften untereinander können die Angaben in den Rechnungsergebnissen der einzelnen Berufs-genossenschaften nicht ohne weiteres dienen.

Die Gesamtausgaben der 546 Ausführungsbehörden haben sich auf 20415234,89 M., die der 14 Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, der Tiefbau- und der See-Berufsgenossenschaft auf 2932432,66 M. belaufen.

Die Bestände der bis zum Schluß des Rechnungsjahres angekauften Reservefonds der Berufs-genossenschaften betragen zusammen 305906516,58 M., zu denen — nach Abzug der zu viel eingeleiteten 5458,05 Mark — noch 12980442,16 M. rückständige Einlagen kommen. Die Versicherungsanstalten haben als Reservefonds 1478833,47 M. zurückgelegt.

An sonstigem Vermögen, einschließlich der noch ausstehenden Beträge, werden für die Berufs-genossenschaften 199594171,39 Mark, für die Versicherungsanstalten 17317357,92 M. nachgewiesen.

Wer hat zuerst die Verhältniswahl in Krankenkassen eingeführt? Das „Correspondenzblatt“ läßt sich in Nr. 4 von W. Böing-Hamburg schreiben, daß dort die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Verhältniswahl im Jahre 1911 beantragt hätten. Sie begaben sich damit auf ein Gebiet, das noch keine andere deutsche Krankenkasse betreten hatte. Demgegenüber sei nur festgestellt, daß die christliche Arbeiterkassen in Passau schon 1910 den Proporz bei der Ortskrankenkasse einführte. Ebenso ist in Kempten i. Allgäu schon 1908 nach dem Verhältniswahlsystem gewählt worden. Die Hamburger „Genossen“ müssen sich also damit abfinden, daß nicht sie die „Halbnachzügler“ waren, sondern daß ihnen christliche Arbeiter auf dem Gebiet vorausgegangen sind.

Briefkasten.

Berichtigung. Der in einer Notiz der vorigen Nummer genannte Bischof von Paderborn heißt nicht Schneider, sondern Dr. Schulte.

Kollegin G. Die Zeitschrift „Aufwärts“ wird gratis an unsere Kolleginnen versandt. Wenn Sie noch einen Bruder im Banne haben, der mit Ihnen zusammen bei den Eltern wohnt, bekommen Sie für sich und Ihren Bruder zusammen eine „Textilarbeiter-Zeitung“.

Versammlungskalender.

Saßbus. 30. März, im evangel. Vereinshaus. Ebersfeld. 16. März, 8 1/2 Uhr, bei Heterath, Kogbahn. M. Stadbach-Beun. 21. März, gleich nach dem Hochamte, bei F. L. Weferz, Beeth. M. Stadbach-Waldhanzen. 24. März, 6 Uhr, bei Hrn. Joh. Lennarz, außerordentliche Generalversammlung.

Schn. 21. März, 6 Uhr, bei M. Bösch. Hof a. d. Saale. 17. März, 8 Uhr, im kath. Gefellenhaus, Bachstraße. Korchendörich. 17. März, 11 Uhr, bei Johann Stetgels Generalversammlung. Luckenwalde. 17. März, 3 Uhr, im evang. Vereinshaus, Dahmerstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. Schiefbahn. 17. März, 7 Uhr, bei Joseph Gerthausen, Familienabend. Sorau. 21. März, 8 1/2 Uhr, im Lokale „Zu den drei Linden“. Werben (Ruhr). 17. März, 10 Uhr, „Zur Krone“, am Markt.

Betrath. Allgemeiner Konsumverein „Glück auf“, e. G. m. b. H. Sonntag, den 17. März, abends 6 Uhr, im Lokale von Joh. Kamper, Hoven, ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Antrag der Verwaltung betr. Lieferanten-geschäft. 3. Weiterberatung des Regulativs über Sterbeunterstützung. 4. Vergrößerung resp. Umbau des Lagers. 5. Bericht über den Verbandsstag. 6. Mitteilungen. Zu dieser Versammlung ladet die Mitglieder nebst ihren werten Frauen ergebenst ein

Der Aufsichtsrat. (M. 240.) J. A.: Friedr. Miveßen, Vorsitzender.

Literarisches.

Arbeiter und Kunst. Ein Beitrag von August Springer. Mit einem Vorwort von M. Hülsmann, Direktor der deutschen Schule zu Palermo. — Mit 12 ganzseitigen Illustrationen von Burnand, Kallmorgen, Menzel, Meunier und Uebe. — Preis in Leinen gebunden M. 1.80 — (Verlag für Volkskunst, Richard Reutel, Stuttgart.)

„Aus mühselig beladenen Tagelöhnern der Industrie wollen wir alle zu schönen, starken Menschen werden, denen die Welt gehört, als ein ewig unerschöpfbarer Quell des höchsten Genußes.“ (Richard Wagner.) Ein Wort, das hoch hinaus will. — Jedem ein sozialistischer Idealist unserer Tage wird es geschrieben haben, hören wir sagen. Das Wort hat — Richard Wagner geschrieben. Bis der Industriearbeiter dieses Ziel erreicht hat, ist wohl noch ein weiter Weg. Ein Schritt auf diesem Weg soll das Büchlein Springers sein, des kunstsuchenden Mannes, der in den Fabrikräumen seine Arbeit getan hat und der uns jenseits grauer Theoretiker in seinem Büchlein sagt, wie es dem Arbeiter ums Herz ist. Wenn wir selbst diesen Ruf nach Kunst so stark erheben wollten, würde man sagen: Ihr Kunstschwärmer dachtet da dem Arbeiter ein Maß ästhetischer Wünsche und Ziele an, die er nicht kennt. Gut, daß einer von der Kunst das jetzt sagt, was D. Dav. Koch vor Jahr und Tag sagte: Wir haben kein Recht, irgend einem Gliede im Volke die Kunst vorzuenthalten, weil die Anlage der Kunst differenziert ist. Wir müssen im Gegenteil die These so stellen und sagen: Jeder Volksgenosse hat ein Unrecht auf Kunst, also auch auf Kunstszene, als Mittel seiner Bildung, seiner Sittlichkeit, ja auch seiner religiösen Anschauungswelt. Springer gibt den praktischen Unterbau für diese Forderung. Er redet: Von der Größe des Problems, von Arbeiter und Dichtkunst — Tonkunst — Bildkunst — von Arbeiter und religiöser Kunst, wie Arbeiter und die andern und Kunstszene und Kunstverbreitung.

Das Büchlein wird zwischen Arbeitern und allen sozial empfindenden Volkserziehern eine gute Brücke schlagen und Allen reichlich zu denken, zu diskutieren und — zu handeln geben. Eine starke Verbreitung des Buches können wir nur von Herzen wünschen. In jeder Versammlung sollte ein Buch zirkulieren, damit jeder davon einer kurzen Einblick gewinnen kann. Der Verlag wird sicherlich zu diesem Zwecke Exemplare zur Verfügung stellen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Gewerkschaftsarbeitsnachweis in der Textilindustrie. — Gegen die „Berlinerinnen“. — Sozialdemokratische Jugendlektüre. — Zum Bergarbeiterkampfe in England. — Mehr Freude. — Senkleton: Nach dem Brande. — Allgemeine Rundschau: Die Stellung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter zur Lohnbewegung im Ruhrkohlenbecken. — Der christliche Holzarbeiterverband. — Eine Provokation? — Die geistlichen Beiräte. — „Arbanten der Scharfmacher“. — Der Reichstag bei der Gesetzgebungsarbeit. — Schneidertreue. — Die Kinderzuschüsse in der Invalidenversicherung. — Grundlose Verdächtigung. — Bescheldene Leute. — Aus unserer Industrie: Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Februar. — Aus der Oera-Greizer Textilindustrie. — Das deutsche Tuchgroßgewerbe und die amerikanischen Wollvöller. — Die Aussichten im Textilgewerbe. — Frankreichs Baumwollindustrie 1910. — Aus dem Bundesgebiete: Bekanntmachung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Hochst. — Cornelimünster. — Gerolz. — Konradt. — Neukadt. — Re. orf. — Zittau. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Aus den Berichten der Berufs-genossenschaften. — Wer hat zuerst die Verhältniswahl in Krankenkassen eingeführt? — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Literarisches.